

## RT DE: News, Analyse und Meinung

### Artikel der Woche, 21.06.–27.06.2024

#### Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse.....	16
Meinung.....	39

#### News

### Günter Verheugen: "Bei diesem Krieg wird so getan, als hätte es keine Vorgeschichte gegeben"

<https://dert.online/inland/209749-guenter-verheugen-bei-krieg-wird/>

21.06.2024

**Mit einem gemeinsamen Buchprojekt melden sich Günter Verheugen und Petra Erler zu Wort. Sie ordnen den Ukraine-Konflikt in die Entwicklung der vergangenen dreißig Jahre ein. Ihre kenntnisreiche Perspektive zeigt die große Mitverantwortung Deutschlands für die Entwicklung zum Krieg.**

Mit Petra Erler und Günter Verheugen haben sich zwei Politikerpersönlichkeiten für ein gemeinsames Buchprojekt zusammengetan. Schon der Titel "Der lange Weg zum Krieg" macht deutlich, dass Erler und Verheugen eine andere Sicht auf den Ukraine-Konflikt haben, als dies in der deutschen Politik und den ihr angeschlossenen Medien derzeit üblich ist.

In einem Interview mit dem Online-Portal *Telepolis* legten die erfahrenen Politiker ihre Sicht dar und wiesen nach, dass Deutschland mindestens eine Mitschuld an der Eskalation des Ukraine-Konflikts hin zum Krieg trifft. Die einseitigen Schuldzuweisungen an Russland durch hochrangige deutsche Politiker wiesen sie entschieden zurück. Ebenso den aggressiven Ton, der eine erneute deutsche Vernichtungsabsicht gegenüber Russland belegt.

*"Russland hat zu Recht das Gefühl entwickelt, dass wir es ruinieren, zerschlagen, klein machen, in*

*den Staub der Geschichte treten wollen. Das ist keine angemessene Politik",*

sagte Petra Erler mit Blick auf Äußerungen deutscher Politiker.

Verheugen nannte als sein Motiv für die Umsetzung des Buchprojekts, es müsse in Deutschland wieder ein um Objektivität bemühter Blick auf die Abläufe geworfen werden. Um diese Objektivität bemühten sich derzeit weder der deutsche Mainstream noch die deutsche Politik. Verheugen bescheinigte dem öffentlichen Diskurs in Deutschland einen bedenklichen Zustand.

*"Mein Hauptmotiv war, nicht hinzunehmen, dass in unserem Land eine Mauer des Schweigens errichtet wird. Ich habe es in meinem langen politischen Leben noch nicht erlebt, dass öffentliche Meinung so einseitig gesteuert wird, wie das im Fall des Ukrainekrieges geschieht. Hier wird eine Erzählung verbreitet, die einfach nicht stimmt."*

Die Erzählung, die von der Bundesregierung, von Politikern der Ampel-Parteien, der CDU-Opposition, von deutschen Medien, von politischen Stiftungen und von staatlichen Vorfeldorganisationen wie der "Amadeu Antonio Stiftung" und der sogenannten Rechercheplattform *Correctiv* ausgeht, lautet, dass Russland aus imperialistischen Interessen am 24. Februar 2022 die Ukraine überfallen hat. In Russland herrscht mit Putin ein Diktator, dem Freiheit und Demokratie verhasst sind. Neben den imperialen Bestrebungen der Landnahme ist dieser Hass auf Freiheit und Demokratie zentrales Motiv für den Überfall auf eine unschuldige, sich nach Demokratie und Unabhängigkeit sehnenen Ukraine.

Mit der Realität habe diese Verschwörungserzählung nichts zu tun, geht aus den Ausführungen von Erler und Verheugen hervor. Russland versuche in der Ukraine seine Sicherheitsinteressen auf militärischem Weg durchzusetzen, nachdem es zuvor auf diplomatischem Weg nicht funktioniert habe. Zum Scheitern dieser diplomatischen Bemühungen und damit zur Eskalation des Konflikts habe Deutschland unter anderem durch die Sabotage von Minsk II beigetragen. Die deutsche Politik trage damit mindestens eine Mitverantwortung für das Entstehen von Krieg in Europa. Minsk II sei der Versuch gewesen, nach dem Maidan-Putsch und dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Osten des Landes die territoriale Integrität der Ukraine zu erhalten. Letztlich hätten weder die Ukraine noch die Garantiemächte Deutschland und Frankreich ein Interesse an der Umsetzung der Vereinbarung gehabt. Man habe den Krieg gewollt. Verheugen führte dazu aus:

*"Wenn man betrachtet, wann, wie und wo die Krise, in der wir uns heute befinden, wirklich heiß und explosiv wurde, dann kommen wir in die Jahre 2013 und 2014. Dann sind wir beim sogenannten Maidan, der von vielen jubelnd begrüßt wurde, aber in Wahrheit nichts anderes war als eine Regime-Change-Operation. Man kann auch sagen, ein von außen gelenkter Staatsstreich. Und dieser Staatsstreich, dieser Putsch in der Ukraine, war der Ausgangspunkt eines Bürgerkriegs in diesem Land. Wir haben Krieg in der Ukraine, nicht erst seit 2022. Wir haben diesen Krieg seit Frühjahr 2014, seit der sogenannten Anti-Terror-Operation gegen die russischen Separatisten im Donbass. 2022 gab es eine Eskalation dieses Krieges, der bereits andauerte."*

Die beiden Autoren ordneten auch diese Ereignisse noch weiter ein. Dass Krieg in Europa möglich geworden sei, gehe auf das absichtliche Zerstoren der europäischen Sicherheitsarchitektur durch die USA und ihre westlichen Vasallen zurück.

Petra Erler sagte hierzu:

*"Wir wissen dank Wikileaks, dass die Amerikaner – und damit wohl alle anderen auch – gewusst haben, dass die dickste aller roten Linien Russlands darin bestand, die Ukraine in die NATO einzuladen."*

Diese rote Linie sei mit der Einladung an die Ukraine, der NATO beizutreten, überschritten worden. Doch auch dieses Ereignis sei nicht vom Himmel gefallen. Es sei der Entwicklung geschuldet, dass sich der Westen, allen voran die USA, als eigentlicher Sieger des Kalten Krieges sahen. Der Westen wolle die Bedingungen in Europa diktieren. In dem Konflikt, so Petra Erler, gehe es eben nicht vorrangig um die Ukraine, sondern darum, ob Russland als gleichwertiger Partner wahrgenommen werde.

*"Der Kern des Konfliktes ist ja nicht die Ukraine, sondern es geht darum, ob Russland in Europa eine gleichberechtigte Stimme hat, ob wir bereit sind, elementare russische Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen."*

Dass das derzeit nicht der Fall sei, mache auch der Ton deutlich, der in Deutschland gegenüber Russland angeschlagen werde. Außerhalb des Westens nehme man die Rolle Deutschlands in diesem Konflikt wahr.

*"Es wäre gut, wenn die deutsche und europäische Politik sich mal angucken würden, was der Rest der Welt denkt und was das für die Sicherheit Europas bedeutet."*

Der "Rest der Welt" teile den deutschen Blick und die moralische Hybris deutscher Politik nicht, in der er wurzele.

Im Frühjahr 2022 habe bereits ein Verhandlungsergebnis vorgelegen, mit dem der Konflikt hätte beendet werden können. Auch das sei von westlicher Seite hintertrieben worden:

*"Wir wollten es ausgekämpft haben, und das verändert natürlich die Natur des Kampfes. Das bedeutet, wir haben die Strategie 'Siegfrieden' und haben uns der ukrainischen Gesetzeslage angeschlossen, wonach mit Putin nicht verhandelt wird",*

erinnerte Petra Erler.

Die Aggression geht im Gegensatz zu der in Deutschland verbreiteten Verschwörungserzählung nicht von Russland aus, legten die Ausführungen als Schlussfolgerung nahe. Sie legten auch nahe, dass dies für Deutschland absehbar Konsequenzen nach sich ziehen wird. Verheugen wies darauf hin, dass die Deutsche Einigung nicht überall Freunde habe. Der Wille Deutschlands, bei der westlichen Machtergreifung mitzumachen und Russland auszutricksen, gebe denen recht, die einer Einigung ablehnend gegenüberstanden. Deutschland erkenne das Prinzip der Gleichwertigkeit nicht an, sondern strebe erneut nach Macht in und über Europa.

*"Schon kurz nach der deutschen Einigung gab es keine Bereitschaft mehr, kooperative Strukturen zu schaffen, sondern die Weichen waren auf Konfrontation gestellt."*

In der Konsequenz stellt sich die Frage – wenn die deutsche Einigung Ausgangspunkt der Entwicklung ist, die Krieg in Europa wieder möglich gemacht hat – wie viel Deutschland verträgt dann Europa? Die Vernichtungsabsichten gegenüber Russland, die gerade in Deutschland offen geäußert werden, haben alle Befürchtungen der Gegner der Wiedervereinigung wahr werden lassen. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass am Ende der Entwicklung – sollte Deutschland seinen aggressiven Kurs nicht korrigieren – eine erneute Teilung Deutschlands steht. Diese Schlussfolgerung ergibt sich nicht nur aus dem Interview, sondern auch aus Diskussionen in Russland, in denen der 2+4-Vertrag, die Grundlage der deutschen Einigung infrage gestellt wird.

\* \* \*

## Gegen die Verfälschung des Geschichtsbildes: "Kerzen des Gedenkens" im Treptower Park

<https://dert.online/inland/210009-gegen-verfaeschung-geschichtsbildes-kerzen-gedenkens-kerzen-gedenkens-treptower-park/>

22.06.2024

**Nicht nur in Russland fanden in der Nacht zum 22. Juni Kerzenaktionen zum Gedenken an den deutschen Überfall an die Sowjetunion statt. An der Treppe zur Befreierstatue im Treptower Park zündeten mehr etwa drei Dutzend Aktionsteilnehmer Erinnerungskerzen an. Am Sockel der Statue leuchtete eine Projektion.**

*Von Wladislaw Sankin*

Berlin ist wieder zu einem der wichtigsten Schauplätze für die Durchsetzung der US-Ziele auf dem eurasischen Kontinent und damit auch des Ringens um die Zukunft der Welt geworden, meint Torsten Rexin im Gespräch mit *RT DE*. Seit Jahren leitet er den Verein "Berliner Freunde der Völker Russlands e. V.", der sich konsequent für die Pflege der Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Volk einsetzt. Für ihn sei das einer der Gründe, warum er und seine Mitstreiter nun auch Erinnerungsaktionen an symbolträchtigsten Orten in Berlin durchführen. Am 22. Juni war es das Ehrenmal im Treptower Park in Berlin.

Es war noch dunkel, als er und circa drei Dutzend weiterer Teilnehmer der Aktion "Kerzen des Gedenkens" in der Nacht am 22. Juni am Fuß des Hügels mit der Befreiungsstatue eintrafen. Die Veranstaltung sollte pünktlich um 3:30 Uhr beginnen, genau zum Zeitpunkt der Überquerung der sowjetischen Westgrenze durch die deutsche Wehrmacht. In den Jahren des darauffolgenden Krieges verlor das Land knapp 27 Millionen Menschen. Im Endeffekt trug die Sowjetunion auch die Hauptlast des Krieges gegen den deutschen Faschismus und versetzte diesem in Berlin den Todesstoß. Daran erinnert seit Eröffnung des Ehrenmals im Jahr 1949 das Schwert des Soldaten im Treptower Park. Nun will der Westen diese Leistung des sowjetischen Volkes vergessen machen, so Rexin.

*"Die Länder Westeuropas und die USA verfälschen das Geschichtsbild oder leugnen die Taten der Menschen der Sowjetunion. Dieses Andenken gilt es zu bewahren und sichtbar zu machen", begründete er seine Aktion.*

Noch bevor es dämmerte, wurden die Kerzen so aufgestellt, dass sie den Schriftzug "22.06.1941–09.05.1945" ergaben – Anfang und Ende des Krieges. Nach einer Begrüßung wurde eine Schweigeminute abgehalten, und die Kränze wurden am Pantheon am Sockel der Statue niedergelegt. Der Vereinsvorsitzende sagte:

*"Wir treffen uns heute hier, weil wir nicht vergessen, wer diesen katastrophalen Krieg, dieses Verbrechen, das größte Verbrechen des letzten Jahrhunderts, initiiert und durchgeführt hat. Seit Jahren betreibt die Bundesregierung eine geschichtsvergessene und russlandfeindliche Politik. Für uns, für Berliner Freunde der Völker Russlands, ist ihre Weltsicht verantwortungslos. Wir haben eine moralische Pflicht, eine feste und freundschaftliche Beziehung zum russischen Volk zu pflegen und für immer aufrechtzuerhalten. Das ist unsere Botschaft."*

Eine Videoprojektion und die Schaltung der ersten Kriegsmeldung des legendären Radiosprechers Juri Lewitan mit dem berühmten ersten Satz "Es spricht Moskau" brachten der kurzen Veranstaltung einige Gänsehautmomente. "Natürlich erreicht unsere Aktion keine Ausmaße wie

etwa in Sankt Petersburg", sagt Rexin. Will er sich im Ernst an den russischen Städten messen? Jedenfalls hat der Friedensaktivist mit DDR-Herkunft ehrgeizige Pläne, in den nächsten Jahren mit seiner Erinnerungsarbeit noch größer zu werden und eine größere Reichweite zu erzielen. Dies sei ein wichtiges Zeichen für die Verhinderung eines neuen größeren Krieges und ein Beispiel für bildungspolitische Arbeit.

Doch wird diese Arbeit in Deutschland im 21. Jahrhundert auch künftig nur von einem Haufen Enthusiasten durchgeführt? Ganz klar hängt das davon ab, welcher Wind im Kanzleramt weht. Noch weht er aus atlantischer Richtung, was dafür sorgt, dass die Bundesregierung ganz klar nicht im deutschen Interesse handelt. Dieses besteht in der Aufrechterhaltung guter oder zumindest neutraler Beziehungen zu Russland.

In der letzten Frage unseres Gesprächs geht es darum, ob es Deutschland gelingt, vom sich abzeichnenden Kriegskurs abzukommen. Eine andere Zusammensetzung des Bundestags nach den Wahlen 2025 könnte laut Rexin schon einiges bewirken. "Wir hoffen, dass dort die Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass die Außenpolitik, die sich gegenwärtig mit Russland betrieben wird, nicht fortzusetzen ist." Nach einer kurzen Pause fügt er hinzu: "Wir sind Realisten, und wir glauben nicht, dass das, worauf wir hoffen, auch passiert. Noch sind die Kräfte des Bösen – so nenne ich sie – mächtig und haben viel Geld. Und der Allgemeindeutsche verfügt leider nicht über ausreichende Geschichtskenntnisse, die erforderlich wären, eine Wiederholung der Geschichte wie 1933 vorzubeugen."

\* \* \*

## **Strand in Sewastopol mit ATACMS-Raketen angegriffen: Vier Tote, darunter zwei Kinder**

<https://dert.online/russland/210066-strand-in-sewastopol-mit-atacms/>

23.06.2024

**Eine Tragödie spielte sich am Sonntag in Sewastopol ab: Ein Angriff mit US-amerikanischen ATACMS-Raketen führte zum Tod mehrerer Zivilisten am städtischen Familienstrand. Unter Toten sind drei Kinder, weitere fünf schweben in Lebensgefahr.**

Das russische Verteidigungsministerium hat am Sonntag einen ukrainischen Raketenangriff auf die Stadt Sewastopol auf der Halbinsel Krim gemeldet. Bei dem Gruppenangriff um 12:15 Uhr kamen fünf US-amerikanische operativ-taktische Raketen "ATACMS" zum Einsatz, so die Behörde. "Im Zuge der Abwehr des Raketenangriffs durch die diensthabenden Luftverteidigungskräfte wurden vier amerikanische ATACMS-Raketen abgefangen. Die Detonation des Splittergefechtsskopfes der fünften amerikanischen Rakete in der Luft führte zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung in Sewastopol", so das Verteidigungsministerium.

Die lokalen Behörden haben bislang vier Tote und ca. 140 Verletzte gemeldet. Da derzeit viele Familien Urlaub auf der Krim machen, waren viele Kinder von dem Angriff betroffen: zwei wurden getötet und 27 verletzt. Die Zahl der getöteten Kinder könnte noch steigen, da fünf Kinder in Lebensgefahr schweben. Unter den Toten ist auch die neunjährige Sofia, Tochter des Vize-Bürgermeisters der fernöstlichen Stadt Magadan, Oleg Awerjanow. Das Mädchen war mit seinen Eltern im Urlaub am Strand. Auch ein Zweijähriger sowie eine Frau, die zum Zeitpunkt des Angriffs im Meer badete, starben.

"Sie ist eine Heldin", sagte Oleg Awerjanow über das Verhalten seiner Tochter während des Angriffs in einem kurzen Medienkommentar. "Mein Mädchen hat alle mit ihrer Brust bedeckt."

Ob die tödliche Rakete direkt auf den Strand zusteuerte, geht aus der Meldung des Verteidigungsministeriums nicht hervor. Russische Behörden und Politiker haben den Angriff als "terroristisch" verurteilt. Das Verteidigungsministerium machte "in erster Linie" Washington für den Angriff auf die Zivilbevölkerung verantwortlich.

"Alle Flugeinsätze mit den operativen taktischen Flugkörpern ATACMS werden von US-Spezialisten auf der Grundlage der eigenen Satellitenaufklärungsdaten eingegeben", so die Militärbehörde. Sie kündigte Vergeltung an: "Solche Aktionen werden nicht unbeantwortet bleiben."

Der Kanal für Militäranalysen *Rybar* wies darauf hin, dass während des Angriffs "wieder einmal" eine US-amerikanische Aufklärungsdrohne RQ-4B in der Luft über dem Schwarzen Meer geschwebt sei. Daher wäre es zweckmäßig, westliche Fluggeräte, die auf russisches Territorium und dessen Bewohner zielen, zu zerstören, rieten Militäranalysten.

Die Regierung der Republik Krim hat den 24. Juni zum Trauertag erklärt. Die Verletzten sind in mehreren Krankenhäusern untergebracht. Bevor die ersten Rettungskräfte eintrafen, haben die Strandbesucher den Verwundeten Erste Hilfe geleistet. Der russische Präsident Wladimir Putin sprach den Angehörigen der Opfer sein Beileid aus, teilte sein Pressesprecher mit.

Der Angriff fand am russisch-orthodoxen Pfingstsonntag statt, betonte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, in einem Kommentar. Dies sei kein Zufall, denn es handele sich um ein "rituelles Verbrechen" vonseiten Kiews, sagte sie im Gespräch mit dem Fernsehsender *Rossija 24*.

*"Wir verstehen sehr gut, dass im Kern des Kiewer Regimes ein tiefer Hass gegen alles liegt, was mit Russland und der russischen Kultur verbunden wird. Natürlich auch gegen alles mit der Orthodoxie und dem Christentum Verbundene. Diese buchstäblich rituellen – ich glaube, so sollte man sie nennen – Verbrechen, die sie begehen, fallen mit wichtigen Feiertagen zusammen."*

Sacharowa betonte, dass Kiew absichtlich auf Massenansammlungen von Menschen feuert. Dies werde getan, um sowohl Hass als auch Panik zu schüren. Die Diplomatin rief das UN-Sekretariat dazu auf, den Terrorakt zu verurteilen und "die vom Kiewer Regime mit amerikanischen Waffen Getöteten" in Sewastopol zu würdigen.

Der Beschuss des Erholungsgebiets in Sewastopol erinnert an den Angriff mit ukrainischen "Smertsch"-Raketen auf einen Familienstrand in der Stadt Sugres in der Donezker Volksrepublik am 13. August 2014. Damals starben 13 Menschen, darunter drei Kinder – *RT DE* berichtete.

\* \* \*

## **Russland: Terroristen greifen Kirche und Synagoge in Dagestan an – mindestens sieben Tote**

<https://dert.online/russland/210077-russland-terroristen-greifen-kirchen-und/>  
23.06.2024

**In der russischen Teilrepublik Dagestan wurden eine Synagoge, eine Kirche und ein Kontrollpunkt der Verkehrspolizei massiv angegriffen, ein Priester und sechs Polizisten starben. Derzeit findet ein Kampfeinsatz der Spezialkräfte statt, in den Straßen von Machatschkala und Derbent wird geschossen.**

Russische Medien meldeten am Sonntag mehrere Angriffe in der Teilrepublik Dagestan im Nordkaukasus. In der Stadt Derbent feuerten die Angreifer mit automatischen Handwaffen auf eine Synagoge und eine Kirche, teilte die Leiterin des Pressedienstes des dagestanischen Innenministeriums, Gayana Gariyewa, mit. Im Internet kursierenden Videoaufnahmen zufolge ging die Synagoge in Flammen auf und brannte vollständig aus.

Nach vorläufigen Informationen wurden bei dem Angriff ein orthodoxer Priester und eine Sicherheitskraft getötet. Der Telegram-Kanal *Readovka* berichtet, dass dem 66-jährigen Priester die Kehle durchgeschnitten wurde. Andere Priester und Gläubige konnten sich in dem Gebäude einschließen und dadurch retten. Gerettet wurden sie durch den Wächter der Kirche, der, nur mit einer Gas-Pistole bewaffnet, die Angreifer für kurze Zeit aufhalten konnte. Laut *Readovka* wurde zudem ein Passant durch einen Kopfschuss hingerichtet. Offiziell wurde dies bislang nicht bestätigt.

Die Verdächtigen fuhren mit einem älteren Lada zum Tatort, dann wechselten sie den Wagen und flohen mit einem weißen Volkswagen Polo mit dem Kennzeichen 921. Mitarbeiter des Ermittlungsausschusses begaben sich an den Tatort, um die Umstände des Vorfalls zu untersuchen. Telegram-Kanäle zeigen von Augenzeugen aufgenommene Videos mit Kampfszenen. Laut vorläufigen Angaben wurden in Derbent zwei Angreifer getötet.

Fast zeitgleich überfielen Unbekannte in der Hauptstadt der Republik Machatschkala einen Posten der Verkehrspolizei in der Jermoschkin-Straße. Nach Angaben des Innenministeriums wurde dabei ein Polizeibeamter getötet und sechs weitere Polizisten verletzt. Unter der Zivilbevölkerung gibt es nach vorläufigen Angaben keine Toten oder Verletzten.

Nach den Schüssen wurden Maßnahmen für die Gefangennahme der Terroristen angekündigt. Die Identität der Angreifer wird derzeit ermittelt. Auf verschiedenen Telegram-Kanälen sind Videos zu sehen, die die Schusswechsel in Machatschkala zeigen; zu sehen ist auch, wie mindestens zwei der Angreifer leblos am Boden liegen. Auf einem anderen Video ist zu erkennen, dass die Terroristen einen Polizeiwagen in ihre Gewalt gebracht haben.

Ein weiteres Video zeigt aus der Ferne, wie zwei Angreifer am Strand von Machatschkala festgenommen werden.

Nach Angaben des russischen Innenministeriums sind insgesamt sechs Polizisten bei den Schießereien in der Republik getötet worden, zwölf erlitten Verletzungen. Die Zahl der Getöteten könnte jedoch wachsen, denn der Einsatz der russischen Sicherheitskräfte in der Republik dauert noch an. Details zu den Hintergründen der Tat sind derzeit nicht bekannt. Quellen aus Sicherheitskreisen gaben gegenüber dem Telegram-Kanal *112* jedoch an, dass die Angreifer mit einer internationalen terroristischen Organisation in Verbindung stehen.

Der doppelte Angriff in der muslimisch geprägten Teilrepublik fand am russisch-orthodoxen Pfingstsonntag statt. Der Chef der benachbarten tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, nannte den Angriff eine heimtückische Provokation und einen Versuch, im Nordkaukasus Zwietracht zwischen den Konfessionen zu säen.

\* \* \*

## Corona-Irrsinn: Bewährungsstrafe für Juristin, weil sie dem Pfarrer die Sterbebegleitung ermöglichte

<https://dert.online/inland/210104-juristin-erhaelt-bewaehrungsstrafe-da-sie/>

24.06.2024

**Das Landgericht Gera verurteilte eine ehemalige Richterin zu einer Bewährungsstrafe, da sie ihrem Vater, einem Pfarrer, die Sterbebegleitung bei einer Seniorenheimbewohnerin ermöglichte. Der Staatsanwalt forderte eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten oder Bewährung samt Geldstrafe.**

Eine vormalige Proberichterin am Amtsgericht Altenburg in Thüringen, heute als Rechtsanwältin tätig, verschaffte ihrem als Pfarrer berufstätigen Vater im April 2020 die von ihm erhoffte juristische Möglichkeit, trotz ausgesprochenem Verbots durch die Pflegeeinrichtung, eine im Sterben befindliche Heimbewohnerin persönlich im Haus betreuen zu können. Die im Jahr 2024 erfolgte Verhandlung zu diesem Vorfall samt Anklage musste sich mit der Forderung der Staatsanwaltschaft auseinandersetzen, die für die Anwältin eine "Freiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten wegen Rechtsbeugung" beantragte, so die *Ostthüringer Zeitung (OZ)* berichtend. Final setzte die zuständige Kammer – "aufgrund der positiven Sozialprognose" – die Haftstrafe zur Bewährung aus.

Die Pflegeleitung eines Altenheims in Jena verabschiedete im April 2020 mit dem Verweis auf die geltende Corona-Verordnung ein Besuchsverbot für Angehörige und Betreuende der Bewohner, dies auch geltend für einen Pfarrer, der darum bat, ein Gemeindeglied besuchen zu dürfen, "das nur noch kurze Zeit zu leben hatte", so der *OZ*-Artikel den Ursprung zur Gerichtsverhandlung erläuternd. Der Pfarrer wendete sich daraufhin in seiner Verzweiflung an seine Tochter, zu dem damaligen Zeitpunkt Proberichterin in der Stadt, zudem für den Bereitschaftsdienst des ortsbezogenen Amtsgerichts eingeteilt.

Der Pfarrer erwirkte demnach einen Antrag einer einstweiligen Verfügung auf Besuchsrecht in dem Seniorenheim an das Amtsgericht Jena, dieses aktiv unterstützt und eingeleitet durch seine Tochter. Dazu heißt es:

*"Sie übernimmt den Fall, obwohl die Zivilprozessordnung dies im Falle von naher Verwandtschaft verbietet. Diesen Paragraphen will sie bei ihrer Prüfung auf eine Befangenheit übersehen haben, sagt die Juristin."*

Ihr Verteidiger argumentierte zudem vor dem Gericht zugunsten seiner Mandantin und dem eingeforderten Freispruch mit "der Schwangerschaft der Frau" und verweist auf "den Zeitdruck im Bereitschaftsdienst und die emotionale Ausnahmesituation in der Corona-Pandemie". Davon anscheinend vollkommen unbeeindruckt heißt es zu den Forderungen der gegnerischen Seite:

*"Staatsanwalt Philipp Giesecke hatte indes eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten wegen Rechtsbeugung beantragt. Als Bewährungsaufgabe verlangte er die Zahlung von 3.000 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung."*

So hätten "zwei Richterinnen, ein Richter, eine Schöffin und ein Schöffe" für sich im Rahmen der Verhandlung und den Aussagen der Beschuldigten erkannt, dass diese "mit Absicht die Entscheidung an sich gezogen habe, obwohl die Chance bestand, den Fall im Bereitschaftsdienst an die Vertreterin weiterzureichen".

Der Vorwurf lautete, dass die Juristin bewusst "vorab mindestens einmal mit ihrem Vater über das

Problem der nicht erlaubten Besuche im Heim gesprochen hatte". Die Ermittlungen hätten zudem ergeben, dass "entsprechende Internetrecherchen am Tag vor dem Anruf ihres Vaters als belastendes Indiz" gewertet werden müssten. Die Vorsitzende kritisierte des Weiteren zuungunsten der Beklagten:

*"Der Angeklagten ging es um darum, die Entscheidung zu treffen und ihrem Vater einen Gefallen zu tun", so die Vorsitzende. Sie habe weder geprüft, ob der Verwaltungsrechtsweg korrekt sei, noch eine mögliche Anhörung des betroffenen Heimes in Betracht gezogen. Fraglich sei, ob die Eilbedürftigkeit bestanden habe."*

Final hätte sich die Proberichterin erdreistet, "sich bewusst über eigene rechtliche Bedenken hinwegzusetzen". Als "einmaligen Vorgang" bezeichnet die zuständige Richterin, dass "die Angeklagte ihren Vater zu sich nach Hause bestellt habe, um dort Unterlagen anzunehmen und ihm den Beschluss auszustellen".

Das behandelnde Landgericht Gera urteilte, im Rahmen der Feststellung einer "positiven Sozialprognose und guten sozialen Einbindung", mit der Aussetzung der beantragten Haftstrafe auf Bewährung und "verhängt außer der Pflicht, Wohnsitzwechsel zu melden", keine weiteren Auflagen.

Solange das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, dürfe die Juristin weiter als Rechtsanwältin arbeiten. Danach "muss die Rechtsanwaltskammer über die Zulassung entscheiden".

\* \* \*

## **Russland erklärt USA zur Konfliktpartei**

<https://dert.online/russland/210119-russland-erklaert-usa-zur-konfliktpartei/>

24.06.2024

**Russlands Außenministerium glaubt, die USA tragen Mitschuld am Angriff auf Sewastopol. Washington ist wegen Waffenlieferungen an Kiew zu einer Konfliktpartei geworden. Der US-Botschafterin Lynne Tracy wurde mitgeteilt, dass die Handlungen ihres Landes nicht unbestraft bleiben werden.**

Am Montag hat das russische Außenministerium die US-Botschafterin Lynne Tracy einbestellt, um ihr seinen Protest angesichts des tödlichen Angriffs auf Sewastopol mitzuteilen. Im Laufe des Gesprächs wurde der Diplomatin erklärt, dass das Kiewer Regime, behütet und bewaffnet von Washington, einen absichtlichen Raketenangriff auf die Zivilbevölkerung der Krim-Stadt durchgeführt habe, wodurch Dutzende Menschen, auch Kinder, verletzt oder getötet worden seien.

Die USA seien praktisch zu einer Konfliktpartei geworden und führten einen hybriden Krieg gegen Russland, betonte das Ministerium. Washington beliefere Kiew mit modernsten Waffen, wie etwa mit ATACMS-Langstreckenraketen, die bei der gestrigen Attacke zum Einsatz gekommen seien. Da alle Flugeinsätze mit den ATACMS-Flugkörpern von US-Spezialisten eingegeben würden, trügen sie die gleiche Verantwortung wie das Kiewer Regime für die Gräueltat.

Moskau stellte fest, dass Washingtons Handlungen darauf abzielten, "pronazistische Behörden der Ukraine" zu weiteren Kämpfen "bis zum letzten Ukrainer" aufzufordern, indem ihnen Angriffe gegen Ziele tief auf russischem Territorium erlaubt würden. Diese Handlungen würden nicht unbestraft bleiben. Das Außenministerium versicherte Tracy, dass Vergeltungsmaßnahmen unbedingt folgen würden.

Am Sonntag hatte die Ukraine die Stadt Sewastopol auf der Halbinsel Krim angegriffen. Laut dem russischen Verteidigungsministerium kamen fünf US-amerikanische ATACMS-Raketen zum Einsatz. Vier davon fing die Flugabwehr ab. Die Detonation des Splittergefechtsskopfes der fünften Rakete in der Luft über einem Strand führte zu zahlreichen Opfer unter der Zivilbevölkerung. Nach den jüngsten Angaben kamen infolge des Angriffs vier Menschen, darunter zwei Kinder, ums Leben. Mehr als 150 Zivilisten wurden verletzt.

\* \* \*

## Julian Assange ist frei

<https://dert.online/international/210190-julian-assange-ist-frei/>

25.06.2024

**Nach fünf Jahren Einzelhaft in London wurde Julian Assange freigelassen und konnte nach Australien ausreisen. Seine Haftzeit im Gefängnis Belmarsh wurde ihm angerechnet. Eine Einigung mit dem US-Justizministerium machte Assanges Freilassung möglich.**

Der Gründer von WikiLeaks, Julian Assange, hat sich im Rahmen einer Vereinbarung mit dem US-Justizministerium geeinigt. Laut Gerichtsunterlagen wird er sich in einem US-Anklagepunkt schuldig bekennen. Im Gegenzug wird ihm seine Ausreise aus Großbritannien in seine Heimat Australien ermöglicht.

Der offizielle Wikileaks-Account auf der Medienplattform X informiert in einer längeren Mitteilung zu der überraschen Wendung, wenige Tage vor dem ersten TV-Duell zwischen US-Präsident Joe Biden und seinem republikanischen Herausforderer Donald Trump am 27. Juni:

*"Julian Assange ist frei. Er verließ das Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh am Morgen des 24. Juni, nachdem er 1901 Tage dort verbracht hatte. Er wurde vom High Court in London gegen Kaution freigelassen und kam am Nachmittag am Flughafen Stansted an, wo er ein Flugzeug bestieg und das Vereinigte Königreich verließ.*

*Diese Entscheidung ist das Ergebnis einer weltweiten Kampagne, die von Basisorganisationen, Verfechtern der Pressefreiheit, Gesetzgebern und führenden Persönlichkeiten aus dem gesamten politischen Spektrum bis hin zu den Vereinten Nationen reichte. Dies schuf den Raum für eine lange Verhandlungsphase mit dem US-Justizministerium, die zu einer Vereinbarung führte, die noch nicht offiziell abgeschlossen ist."*

Das X-Posting erfolgte in den frühen Morgenstunden des 25. Juni.

Der US-Sender CNN informiert darüber, dass im Rahmen der von den jeweiligen Anwaltsseiten ausgehandelten Vereinbarung die Staatsanwaltschaft des US-Justizministeriums demnach "eine Haftstrafe von 62 Monaten beantragt hat, was der Zeit entspricht, die Assange in einem Hochsicherheitsgefängnis in London verbracht hat". Der damit verbundene Deal würde diese Zeit anrechnen, wodurch Assange sofort nach Australien zurückkehren konnte.

Das Agreement musste noch von einem Bundesrichter genehmigt werden, Assange konnte jedoch schon am gestrigen Morgen seinen Weg aus dem britischen Gefängnis in die Freiheit antreten. Assanges Vater John Shipton teilte dem australischen Sender ABC mit:

*"Es sieht so aus, als ob Julian sein normales Leben mit seiner Familie und seiner Frau Stella genießen kann, so habe ich es verstanden."*

Laut gleichlautenden Medienberichten soll Assange jedoch noch am Mittwoch dieser Woche vor einem Gericht auf den Marianeninseln, einem amerikanischen Außengebiet, erscheinen. Die Inselgruppe liegt im Westpazifik. In einem Schreiben des amerikanischen Justizministeriums heißt es, man habe die Inselgruppe gewählt, da Assange sich weigerte, in das amerikanische Festland einzureisen. Zudem liege das Archipel nicht weit von seiner Heimat Australien entfernt.

In einem auf YouTube veröffentlichten Video des Kanals "Free Assange" wendet sich die Ehefrau Stella Assange an die weltweiten Unterstützer und Sympathisanten ihres schwer kranken Mannes. In diesem bittet sie um finanzielle Unterstützung:

*"Wir beabsichtigen, einen Notfallfonds einzurichten für Julians Gesundheit und Genesung. Ich bitte Euch, wenn Ihr könnt, einen Beitrag zu leisten und uns beim Übergang in diese neue Phase der Freiheit von Julian zu helfen."*

Assange wurde seitens der USA beschuldigt, ab 2010 rund 700.000 vertrauliche Dokumente über militärische und diplomatische Aktivitäten der USA veröffentlicht zu haben, die ihm die ehemalige Geheimdienstanalytikerin Chelsea Manning in den Jahren 2010 und 2011 zur Verfügung gestellt hatte. In einer Anklageschrift aus dem Jahr 2019 wurden ihm ursprünglich 18 Anklagepunkte für seine federführende Rolle bei dem Verstoß vorgeworfen und eine Höchststrafe von bis zu 175 Jahren Gefängnis gefordert.

Wikileaks erinnert in dem jüngsten X-Posting an die skandalösen Rahmenbedingungen der inhumanen Haft von Julian Assange im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh:

*"Nach mehr als fünf Jahren in einer 2 × 3 Meter großen Zelle, in der er 23 Stunden am Tag isoliert war, wird er wieder mit seiner Frau Stella Assange und den gemeinsamen Kindern zusammenkommen, die ihren Vater bisher nur hinter Gittern kennen."*

\* \* \*

## **Freilassung von Julian Assange: Das politische Berlin gibt sich wortkarg**

<https://dert.online/inland/210258-politische-berlin-schweigt-zur-freilassung/>

25.06.2024

**Die Freilassung von Julian Assange beschäftigt die internationale Politik- und Medienwelt. Lediglich das Regierungsviertel in Berlin bleibt auffällig stumm. Außenministerin Baerbock kommentierte das Ereignis aus Jerusalem. Assange ist mittlerweile in Thailand gelandet.**

Am 24. Juni konnte der Whistleblower und langjährige politische Häftling Julian Assange nach 1.901 Tagen Einzelhaft das Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London verlassen. Nach gut 24 Stunden nach Bekanntwerden des Agreements zwischen der US-Justiz und Assanges Anwälten, bis zur Veröffentlichung des Artikels, finden sich seitens der deutschen Spitzenpolitik sehr wenige Kommentare zu dem Ereignis. Assange ist mittlerweile in Thailand gelandet, wo er nach einem Zwischenstopp zu einer am Mittwoch angesetzten Gerichtsverhandlung auf den Marianeninseln im Westpazifik weiterfliegt.

Das Regierungsviertel in Berlin hat noch keine offizielle Erklärung zur Entlassung von Julian Assange veröffentlicht, weder SPD-Regierungssprecher Steffen Hebestreit noch die zuständigen Parteisprecher der Ampelkoalition oder leitende Spitzenpolitiker der Bundesregierung. Auch seitens des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und der Pressestelle von Schloss Bellevue finden sich keine Mitteilungen oder Erklärungen.

Die seit Jahren als aktive und solidarische Politikerin bekannte BSW-Abgeordnete Sevim Dağdelen, regelmäßig mit Assange persönlich in Kontakt stehend, kommentierte am frühen Morgen via X-Posting:

[Screenshot]

Außenminister Annalena Baerbock wurde auf ihrer Auslandsreise in Israel von Journalisten zur Causa Assange befragt. Auf die Anfrage erklärte Baerbock in Jerusalem laut Medienzitaten:

*"Ich kann nur sagen, dass ich sehr froh bin, dass dieser Fall, der überall auf der Welt sehr emotional diskutiert wurde und viele Menschen bewegt hat, dass er nun endlich eine Lösung gefunden hat."*

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt freute sich am heutigen Tag mehr über die startenden Beitrittsgespräche der EU mit der Ukraine und Moldau. Sie hat die Wendung im Fall Assange bis jetzt bislang nicht kommentiert:

[Screenshot]

Die Webseite *National Independent* veröffentlichte ein Video, das zeigen soll, wie die Maschine von Julian Assange in Bangkok in Thailand landet. In dem Video ist Assange neben seiner langjährigen Anwältin Jennifer Robinson zu sehen:

[Screenshot]

Christian Mihr, stellvertretender Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland, feierte in seiner Mitteilung Assanges Freiheit wie auch die der Presse:

*"Julian Assanges Entlassung ist ein unheimlich wichtiger Erfolg für die Meinungs- und Pressefreiheit weltweit. Für Medienschaffende auf der ganzen Welt gilt: Wer über Menschenrechtsverletzungen und mögliche Kriegsverbrechen berichtet, darf dafür nicht bestraft werden. Die USA hätten die Spionagevorwürfe nie erheben dürfen, Assange fünf Jahre lang im Hochsicherheitsgefängnis zu inhaftieren, hätte nie passieren dürfen. Dagegen haben auf der ganzen Welt Menschen seit Jahren protestiert – auf der Straße und im Netz. Ohne diesen Einsatz wäre Assange heute nicht auf dem Weg in die Freiheit."*

Stella Assange, seine Ehefrau, gab zu Protokoll, dass die beiden gemeinsamen Kinder bisher noch nicht über die Freilassung des Vaters Bescheid wissen: "Ich habe ihnen nur gesagt, dass es eine riesige Überraschung gibt".

Der australische Sender *ABC* zitierte aus einer Mitteilung der Mutter:

*"Ich bin dankbar, dass das Martyrium meines Sohnes endlich ein Ende findet. Das zeigt, wie wichtig und mächtig stille Diplomatie ist."*

Julian Assange befindet sich auf dem direkten Weg zu einer morgigen Gerichtsverhandlung auf der Pazifikinsel Saipan. Dort soll er sich am Mittwoch der unrechtmäßigen Beschaffung und Verbreitung von geheimen Unterlagen schuldig bekennen, dem nun einzigen von ehemals 18 US-Anklagepunkten, um endgültig freizukommen und in seine Heimat Australien zurückkehren zu können.

\* \* \*

## Bundeskabinett billigt Ausweisung für "Likes" in sozialen Netzwerken

<https://dert.online/inland/210431-bundeskabinett-billigt-ausweisung-fuer-likes/>

26.06.2024

**Innenministerin Nancy Faeser hat schon gründliche Abbrucharbeiten an der demokratischen Verfasstheit Deutschlands geleistet. Nun hat das Bundeskabinett ihren Vorschlag zur Änderung des Aufenthaltsrechts beschlossen, der gleich in mehreren Punkten grundgesetzwidrig ist.**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat eine weitere Regelung auf den Weg gebracht, die gegen die Meinungsfreiheit gerichtet ist: Ausländer sollen ausgewiesen werden können, wenn sie Meldungen in sozialen Netzwerken nicht einmal teilen, sondern nur liken, die von der Bundesregierung als "Billigung terroristischer Straftaten" eingeordnet werden. Das Bundeskabinett hat den Entwurf heute verabschiedet.

Gegenstand der Veränderung ist der Paragraph 54 des Aufenthaltsgesetzes, der definiert, wann ein besonderes staatliches Interesse an einer Ausweisung besteht. Bisher stehen in diesem Paragraphen beispielsweise Straftaten mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren, schwere Drogendelikte oder die tatsächliche Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Nun soll ein Passus eingefügt werden, der vorsieht, dass ein derartiges Interesse auch bestehe, wenn:

*"3a. durch Belohnung oder Billigung einer terroristischen Straftat [der] Tatbestand des § 140 des Strafgesetzbuches verwirklicht" werde.*

In den vergangenen zwei Jahren kam es reihenweise zu Strafverfolgungen auf Grundlage dieses Paragraphen, beispielsweise auch für Veröffentlichungen, die die Gründe für die russische militärische Sonderoperation in der Ukraine darlegten oder Erzählungen wie den "Holodomor" oder das "Massaker von Butscha" bestritten.

Im Zusammenhang mit dem Ausländerrecht dürften hier insbesondere Aussagen, die gegen Israels Genozid in Gaza protestieren, inkriminiert werden, die im Gegensatz zu Aussagen, die ebendiesen Genozid verherrlichen, bereits jetzt strafrechtlich verfolgt werden. Selbst die seit Jahrzehnten existierende palästinensische Losung "From the River to the Sea, Palestine will be free" fällt nach Ansicht der deutschen Strafverfolgungsbehörden und auch Innenministerin Faeser unter diesen Paragraphen und wäre, wenn dieser Entwurf den Bundestag passiert, ein Grund für eine Ausweisung.

Wobei das in diesem Fall weniger Palästinenser treffen dürfte, bei denen es Abschiebehindernisse gibt, sondern eher andere Ausländer aus dem Globalen Süden, die ihre Sympathie für die palästinensische Seite bekunden. Es wäre aber auch denkbar, dass russische Staatsangehörige davon betroffen sind.

Angesichts der Tatsache, dass oft selbst schwere Straftaten wie Gruppenvergewaltigungen nicht nur vergleichsweise milde geahndet werden, sondern auch selten zu Ausweisungen führen, und die Wahrnehmung, was als terroristische Tat gesehen wird und was nicht, in Deutschland derzeit ausgesprochen selektiv ist, verschiebt diese Gesetzesänderung die Gewichtung zwischen Wort und Tat weiter in Richtung des Wortes.

Dass Faeser in ihrer Pressekonferenz zu dem Beschluss erklärt hat, betroffen seien "nur" Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken und nicht Likes, wird durch die Tatsache konterkariert,

dass es bereits Verfahren einzig wegen Likes gegeben hat. Relevant ist der Text der Gesetzesänderung, der sich schlicht auf Verfahren wegen § 140 StGB bezieht. Zudem ergänzt das Bundesministerium in seiner Pressemitteilung zum Entwurf: "Eine strafgerichtliche Verurteilung muss hierfür noch nicht erfolgt sein."

Angesichts der Tatsache, dass gewisse Vereinigungen sehr aktiv darin sind, Posts und Likes in sozialen Netzwerken zu überwachen und zu melden, ist es gerade dieser Satz, der besondere Aufmerksamkeit erregen sollte. Das bedeutet nämlich, dass das Ausweisungsverfahren in Gang gesetzt werden kann, sobald eine Staatsanwaltschaft eine Klage erhoben hat, unabhängig davon, ob diese Klage vor Gericht Erfolg hätte oder ob es am Ende zu einer Geldbuße käme.

Gerade Vorfälle wie jene um die weitgehend unhaltbare Berichterstattung von "Correctiv" zu Beginn dieses Jahres zeigen, wie massiv mit einer derartigen Regelung gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen würde.

\* \* \*

## **Telefonstreich von Vovan und Lexus bei David Cameron: "Keine NATO-Einladung für Ukraine"**

<https://dert.online/international/210514-telefonstreich-von-vovan-und-lexus-bei-david-cameron-keine-nato-einladung-fuer-ukraine/>

27.06.2024

**Während eines Telefonstreichs des bekannten, russischen Komiker-Duos Vovan und Lexus plaudert der britische Außenminister aus dem Nähkästchen. Was er zum Thema Ukraine, NATO und Donald Trump zu sagen hatte, lesen Sie hier.**

Die Aussagen stammen aus einem Telefonat mit dem russischen Komiker-Duo Vovan und Lexus – von denen sich einer als ehemaliger ukrainischer Präsident Pjotr Poroschenko ausgab.

Das Telefonat wurde am Mittwoch veröffentlicht. Cameron bestätigt in dem Gespräch, dass die Ukraine nicht auf Fortschritte auf ihrem Weg zum NATO-Beitritt hoffen sollte, wenn die Staats- und Regierungschefs des Militärblocks vom 9. bis 11. Juli in Washington zusammenkommen.

"Es wird keine Einladung geben, weil Amerika sie nicht unterstützen wird", sagte Cameron und fügte hinzu, dass er dem ukrainischen Minister Wladimir Selenskij gesagt habe, dass Kiew und der Westen die "bestmögliche Sprache" finden sollten, was die Unterstützung der NATO für das Land und seine eventuelle Aufnahme in den Block angeht.

Weiter sagte Cameron:

*"Aber wir können keinen Streit zwischen der NATO und der Ukraine vor dem Gipfel führen... Wir müssen sicherstellen, dass wir die Konferenz geschlossen angehen. Wir können uns im Vorfeld des Juli-Gipfels keinen öffentlichen Streit darüber leisten, wo die Ukraine gegenüber der NATO steht."*

Er fügte hinzu, dass er persönlich den Beitritt des Landes zu dem von den USA geführten Militärblock unterstütze:

*"Ich bin sicher, dass es dazu kommen wird. Aber wir werden es dieses Mal nicht schaffen."*

Die NATO kündigte erstmals 2008 an, dass die Ukraine Mitglied des Blocks werden würde, ohne

jedoch einen genauen Zeitplan zu nennen. Im Jahr 2019, nach dem vom Westen unterstützten Putsch in Kiew einige Jahre zuvor, erklärte die Ukraine die NATO-Mitgliedschaft offiziell zu einem strategischen Ziel. Im Jahr 2022, nachdem der Konflikt mit Russland eskaliert war und vier ihrer ehemaligen Regionen für den Beitritt zum Nachbarland gestimmt hatten, beantragte die Ukraine offiziell die Aufnahme in den Block.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat erklärt, dass die Ukraine nicht beitreten kann, solange sie in den Konflikt verwickelt ist, da weitverbreitete Befürchtungen bestehen, dass ein solcher Schritt zu einer direkten Konfrontation mit Russland führen könnte.

Moskau schlägt seit Jahren Alarm wegen der NATO-Erweiterung in Richtung seiner Grenzen, wobei Präsident Wladimir Putin die Bestrebungen der Ukraine, dem Block beizutreten, als einen der Hauptgründe für den Konflikt angibt. Anfang dieses Monats erklärte Putin, Russland sei bereit, Friedensgespräche mit der Ukraine aufzunehmen, sobald diese sich aus ihren vier ehemaligen Regionen zurückziehe und sich zur Neutralität verpflichte. Sowohl Kiew als auch seine westlichen Unterstützer haben dieses Angebot abgelehnt.

Cameron sprach während des Telefonstrechs auch über den möglichen neuen, alten US-Präsidenten Donald Trump. Insbesondere über ein privates Abendessen mit dem US-Präsidentschaftskandidaten im April, bei dem er sich bei Trump dafür eingesetzt haben will, dass die Republikaner für die US-Militärhilfe für die Ukraine stimmen.

Cameron sagte, die republikanische Partei sei in der Frage der Ukraine gespalten, und er habe Trump gesagt, dass er sich irre, wenn er glaube, Putin wolle nur die Krim.

"Trump ist davon überzeugt, dass es einen Deal gibt, und das ist nicht der Fall, weil Putin so viel mehr will", sagt Cameron und fügt hinzu, dass er glaubt, dass Trump, sollte er die Präsidentschaft gewinnen, die Gewinnerseite auf dem Schlachtfeld unterstützen wird, und deshalb seien die Kämpfe in diesem Sommer so wichtig.

\* \* \*

## Analyse

### Wird die NATO Russland angreifen?

<https://dert.online/international/209936-wird-nato-russland-angreifen/>

21.06.2024

**Die zunehmende Verbitterung der westlichen Länder über Russland lässt sich in der Logik eines Präventivkriegs erklären. Dieses Modell betrachtet die Eskalation als Produkt von Zukunftsängsten. In der Geschichte wurden große Kriege in der Regel zum Produkt genau dieser präventiven Logik.**

*Von Igor Istomin*

Die Frage nach einem großen Krieg in Europa stellt sich heute dringlicher als je zuvor seit Mitte des 20. Jahrhunderts. Westliche Analytiker diskutieren über unterschiedliche Szenarien eines potenziellen Konflikts, während offizielle Persönlichkeiten sogar offen über seine Wahrscheinlichkeit spekulieren und selbst konkrete Zeithorizonte besprechen.

In seinem jüngsten Auftritt stellte Russlands Präsident Wladimir Putin fest: Die Aktionen der westlichen Regierungen brachten die Welt zu einem "Punkt ohne Wiederkehr". Dabei überwiegt bei Diskussionen innerhalb Russlands der Glaube, dass den USA und ihren Verbündeten die katastrophalen Risiken einer direkten militärischen Konfrontation mit Russland bewusst seien und dass sie, dem Selbsterhaltungstrieb folgend, versuchen werden, ihn zu vermeiden.

Solche Urteile stützen sich auf die Prämisse, dass sich der Westen trotz seiner Aggressivität und Überheblichkeit in seiner Politik von einer rationalen Abwägung von Vor- und Nachteilen – ausgehend vom existierenden Kräfteverhältnis – leiten lässt. Dabei spricht die Erfahrung der Vergangenheit nicht für die Fähigkeit der USA und ihrer Verbündeten, einen ausgewogenen, kalkulierten politischen Kurs zu verfolgen.

Im Verlauf der 2000er und 2010er Jahre verstrickten sie sich mehrmals in militärische Abenteuer, aus denen sie anschließend qualvoll nach einem Ausstieg suchten. Man erinnere sich nur an die Beispiele der Interventionen in Afghanistan, Irak und Libyen. Natürlich blieben in all diesen Fällen die Risiken für den Westen bedeutend geringer, als im Fall eines hypothetischen Krieges mit Russland. Doch auf dem Spiel stand ebenfalls viel weniger.

Bezeichnend ist das jüngste Geständnis des US-Präsidenten Joe Biden: "Sollten wir jemals zulassen, dass die Ukraine eine Niederlage erleidet, merken Sie sich meine Worte: Sie werden sehen, wie Polen weggeht, und Sie werden sehen, wie all die Länder entlang der faktischen Grenze Russlands selbstständig verhandeln werden." Es lässt sich feststellen: In den Köpfen der westlichen Strategen nistete sich wieder die gute alte "Domino-Theorie" ein.

### Das gespaltene Bewusstsein des Westens

Die zunehmende Verbitterung der westlichen Länder in Bezug auf Russland stimmt mit der Erklärung von bewaffneten Konflikten nach der Logik eines Präventivkriegs überein. Statt zwischenstaatliche Konflikte in Zusammenhang mit einem aggressiven Opportunismus zu stellen, betrachtet dieses Modell die Eskalation als ein Produkt von Zukunftsängsten. Die Überzeugung, dass sich ihre Stellung mit der Zeit verschlechtern werde, treibt die Staaten zu immer

abenteuerlicheren Schritten an, bis hin zur Gewalt.

Im Verlauf der Geschichte wurden große Kriege in der Regel zu einem Produkt gerade dieser präventiven Logik – des Strebens, einen Schlag zu versetzen, um der eigenen Schwächung zuvorzukommen. So brachte die Zersetzung des Systems der Kontinentalblockade Napoléon dazu, Russland zu überfallen. Deutschlands Sorgen um die Perspektiven einer Modernisierung der russischen Armee dienten als Auslöser des Ersten Weltkriegs.

Eine ähnliche Dynamik lässt sich heute in der Politik des Westens beobachten, der in die Konfrontation mit Russland bedeutende Ressourcen investierte. Die Tatsache, dass Russland gar nicht verlieren will, sondern sich im Gegenteil einem Erreichen der gestellten Ziele nähert, kann bei den USA und ihren Verbündeten nur für Frust sorgen. Letzterer drängt sie nicht zu einer Versöhnung, sondern zur Suche nach immer stärkeren Mitteln.

Angesichts des Scheiterns der Pläne, Russlands Wirtschaft mit Einschränkungsmaßnahmen zu zerstören und Moskau durch die Hände Kiews eine strategische Niederlage zuzufügen, kommt der Westen immer näher an den Rand einer direkten militärischen Konfrontation. Dabei weist er eine abnehmende Sensibilität für mögliche Folgen eines solchen Szenarios auf. Wie Glücksspieler in einem Casino, erhöhen die USA und ihre Verbündeten mit jeder folgenden Runde ihre Einsätze.

Die zunehmende Abenteuerlichkeit ist in den Debatten um eine Stationierung westlicher Truppen in der Ukraine gut zu sehen. Zu diesem Thema äußern sich inzwischen nicht nur hysterische europäische Staatsführer, sondern auch scheinbar besonnene US-Generäle. So zog der Generalstabschef des US-Militärs Charles Brown den Schluss, dass die Entsendung von NATO-Truppen ins Land eine unvermeidliche Perspektive sei.

Die Bereitschaft der westlichen Länder, Risiken einzugehen, wird durch ihre widersprüchliche, um nicht zu sagen schizophrene, Sicht auf Russland gestützt. Sie werden nicht müde, zu wiederholen, dass Moskaus Potenzial zuvor stark überschätzt und durch die spezielle Militäroperation zusätzlich geschwächt worden sei. Ohne jegliches Bewusstsein eines Widerspruchs begründen sie dabei die eigene Aufrüstung mit der zugenommenen russischen Bedrohung.

Die Inkonsequenz zeigt sich auch in der Darstellung Russlands als eines unersättlichen Expansionisten, der nach einer Eroberung der Nachbarn strebt, beim gleichzeitigen Glauben an Moskaus Ehrfurcht vor dem Artikel 5 des Washingtoner Abkommens, der den Mitgliedsstaaten der NATO den gegenseitigen Beistand im Fall eines Angriffs auf einen von ihnen garantiert.

Die Darstellung Russlands als "Papiertiger" – eines aggressiven, aber schwachen Akteurs – legt die Grundlagen für eine präventive Eskalation, um die für den Westen ungünstigen Tendenzen der Entwicklung der Konfrontation abzuwenden. Dabei könnten diese Versuche nicht nur in der Ukraine unternommen werden.

Als Beleg dafür dient die in die westlichen Diskussionen bisweilen eingebrachte Idee, Moskau den Zugang zum Baltikum zu beschränken, die eine unvermeidliche Reaktion auf die Bedrohung Kaliningrads ignoriert.

### **Quo vadis?**

Bisher sprechen westliche Politiker den Gedanken eines bewaffneten Überfalls auf Russland nicht offen aus. Gegenwärtig ist die Rede von einer Erhöhung der Einsätze mit dem Hintergedanken, dass Moskau sich nicht trauen werde, darauf zu antworten. Mehr noch, die These, dass die NATO und ihre Mitgliedsstaaten angeblich keine direkte Konfrontation wollen, wird nach wie vor verkündet.

Diese Zusicherungen lassen zweierlei Gefahren außer Acht.

Erstens kann sich der Westen im Glauben an die Sicherheit der nuklearen Abschreckung zu sehr ins Spiel hineinsteigern und eine solche Provokation eingehen, die Moskau vor die Notwendigkeit stellen würde, die eigenen Überlebensinteressen mit sämtlichen verfügbaren Mitteln zu verteidigen. Die bereits erwähnten Projekte einer Sperrung des Baltikums erscheinen genau wie ein solches Spiel.

Zweitens legt der sich festgesetzte Trend zur Steigerung der Abenteuerlichkeit die Grundlage für ein weiteres Aufweichen der Grenzen des Zulässigen für die USA und ihre Verbündeten. Die Logik der USA arbeitet auf eine immer weitere Steigerung der Einsätze hin angesichts der bereits aufgebrauchten Ausgaben. Im Ergebnis beginnen die verfügbaren Mittel, die gestellten Ziele zu diktieren.

Ein zusätzlicher Faktor, der die Risiken einer Konfrontation erhöht, ist die kollektive Natur des Westens. In den Diskussionen innerhalb Russlands ist es üblich, den ungleichen Charakter der Verhältnisse innerhalb der NATO wegen der eindeutigen Dominanz Washingtons zu betonen. Dabei erhöht ausgerechnet der Vasallenstatus der europäischen Staaten ihr Interesse an einer Eskalation.

Für ein unüberwindbares Entsetzen sorgt bei den US-Verbündeten die Aussicht, dass Washington aus Sorge um die Konkurrenz mit China das Interesse an ihnen verlieren und sich zugunsten asiatischer Angelegenheiten umorientieren werde. Als Verkörperung dieser Gruselgeschichte dient die Figur Donald Trumps, doch herrscht in europäischen Hauptstädten die Befürchtung, dass ein solches Szenario unabhängig von der Person eines konkreten US-Staatschefs umgesetzt wird.

Die Verbündeten der USA gehen davon aus, dass die Zeit gegen sie arbeitet. Entsprechend nimmt die Konfrontation mit Russland eine instrumentelle Funktion ein und hilft dabei, Washingtons Aufmerksamkeit auf die europäische Agenda zu bündeln. Schon die Debatten im US-Kongress bezüglich der Finanzierung Kiews Anfang 2024 wurden zu einem Warnsignal, denn sie zeigten die Konzentration der USA auf eigene Angelegenheiten.

Der Logik der Prävention folgend, könnten europäische NATO-Mitgliedsstaaten zum Schluss kommen, dass die Provokation eines Konflikts zum jetzigen Zeitpunkt, solange die USA noch in den Ukraine-Konflikt und die Eindämmung Russlands involviert sind, der Perspektive, die Last der Konfrontation mit Moskau künftig allein zu tragen – ein Szenario, das sie nicht ausschließen –, vorzuziehen wäre.

Nicht überraschend ist daher, dass ausgerechnet vonseiten der europäischen Politiker die verantwortungslosesten und radikalsten Vorschläge erfolgen – wie etwa eine Entsendung von Truppen in die Ukraine oder NATO-Garantien für Territorium, das Kiew kontrolliert. Eine Innendynamik im Rahmen des Westens begünstigt den Wettbewerb um den Status des unerbittlichsten Kämpfers gegen Russland.

## **Von Plänen zur Praxis**

Auf praktischer Ebene bereiten sich die NATO-Mitgliedsstaaten aktiv auf eine militärische Konfrontation mit Russland vor. Das neue Modell der Allianztruppen, das noch auf dem Gipfel von Madrid 2022 festgelegt wurde, und die auf seiner Grundlage vorbereiteten regionalen Pläne setzen voraus, dass zusätzlich zu den bereits an Russlands Grenzen stationierten Truppen ein beträchtlicher Truppenverband in der Stärke von 300.000 Mann innerhalb von 30 Tagen aufgestellt wird.

Die Grundlage für Ersteres bilden Kontingente aus zentral- und osteuropäischen Ländern, die aktiv

aufgestockt und modernisiert werden. Besonders tut sich dabei Polen hervor, das den gleichen Status des Hauptbollwerks der NATO beansprucht, den in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Bundeswehr innehatte. Die Aufstockung des Militärs auf 300.000 Mann soll Polens Streitkräfte in die größte Landarmee unter den europäischen Mitgliedern der Allianz verwandeln.

Die NATO-Mitglieder üben offen Szenarien von Kampfhandlungen an potenziellen Kriegsschauplätzen in Ost- und Nordeuropa. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Verinnerlichung von Lektionen aus den bewaffneten Kämpfen in der Ukraine gelegt. Dazu wird im polnischen Bydgoszcz ein spezielles Zentrum geschaffen, das einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen westlichen und ukrainischen Militärs gewährleisten soll.

Lange Zeit stellten die eingeschränkten Möglichkeiten der Rüstungsindustrie die Schwachstelle in den westlichen Bemühungen dar. Dennoch legen die NATO-Mitgliedsstaaten zunehmenden Wert darauf, diese Einschränkung zu überwinden. Es wäre leichtfertig, zu denken, dass es ihnen nicht gelingen würde, die Produktion zu steigern, darunter durch die zunehmende Bindung von europäischen Konzernen an den US-amerikanischen Militärindustriekomplex.

Bei der Beurteilung eines Zwischenstands der westlichen Bemühungen stellten die Spezialisten des einflussreichen Washingtoner Zentrums für strategische und internationale Studien in ihrem jüngsten Bericht fest, dass die NATO für den künftigen Krieg bereit sei. Eine solch lautstarke Ankündigung wird von der Anmerkung begleitet, dass die Allianz noch mehr daran arbeiten solle, sich auf eine dauernde Konfrontation vorzubereiten, in die ein Konflikt mit Russland zu münden droht.

Solch inkonsequente Folgerungen der Experten werden offensichtlich durch die politische Zweckmäßigkeit diktiert – einerseits durch das Bestreben, zu zeigen, dass der gewählte Kurs zur Eindämmung Moskaus richtig war, andererseits durch die Notwendigkeit, gleichzeitig die Allianzmitglieder dahingehend zu mobilisieren, ihre Anstrengungen im militärischen Bereich weiter zu steigern. Diese Schlüsse belegen nochmals die Logik des Spiels zur Erhöhung der Einsätze.

## **Die Suche nach der "goldenen Mitte"**

Bezüglich der titelgebenden Frage zeigt die Analyse, dass die Antwort darauf mit großer Wahrscheinlichkeit positiv ausfallen könnte. In diesem Zusammenhang wird Russland mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, die Eskalation einzudämmen, während der Westen für die an ihn gesendeten Signale unempfindlich ist. Versuche, den Ernst der Lage zu vermitteln, werden entweder von vornherein weggewischt oder als Demonstration russischer Aggressivität ausgelegt.

Vor dem Hintergrund einer solchen Indoktrination des Westens besteht die Gefahr, selbst in eine ähnliche Exaltation zu verfallen und zu versuchen, durch noch risikoreichere Demonstrationen der eigenen Entschlossenheit den Gegner zu zwingen, seinen abenteuerlichen Kurs aufzugeben. Bisher gelang es der russischen Staatsführung, diesen Versuchungen zu widerstehen.

Selbstverständlich müssen die westlichen Versuche einer Einsatzerhöhung beantwortet werden. Dabei sollte der Schaden auf die eigentlichen NATO-Mitgliedsstaaten, und nicht nur auf ihre Marionetten, konzentriert werden. Gerade darin muss die Akzentsetzung auf die sprichwörtlichen "Entscheidungszentren" bestehen. Ankündigungen der möglichen Übergabe von Waffen mit großer Reichweite an die Gegner der USA, wie der Besuch der russischen Militärschiffe auf Kuba, erscheinen in diesem Zusammenhang als logische Schritte.

Möglicherweise könnte das Reaktionsspektrum den Abschuss von Drohnen umfassen, die im

Interesse der Ukraine Aufklärung über dem Schwarzen Meer betreiben. Mehr noch, der zuvor genannte Umstand legitimiert ein direktes Verbot ihrer Flüge über angrenzenden Gewässern. Russische Eindämmungsmaßnahmen könnten außerdem durch gemeinsame Manöver mit Staaten, die sich den Status als Gegner des Westens verdient haben, im Baltikum, im Mittelmeer oder im Nordatlantik ergänzt werden.

Die Hoffnung auf Abschreckungsaktionen sollte mit der historischen Erfahrung abgewogen werden. Diese bezeugt, dass sie öfter zu einer Verbitterung des Gegners als zu Eingeständnissen führen. Das stellt insbesondere die Gültigkeit des eingangs genannten Vorschlags von Atomschlägen zu Demonstrationszwecken infrage. Diese Aktionen werden eher zu entgegengesetzten als den von ihren Urhebern angenommenen Konsequenzen führen und die direkte Konfrontation mit der NATO näherbringen, statt sie abzuwenden.

*Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 19. Juni beim Internationalen Diskussionsclub Waldai.*

*Igor Istomin ist Leiter des Lehrstuhls für angewandte Analyse internationaler Probleme am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen.*

\* \* \*

## **Montenegro: Arbeit zum Vorteil des eigenen Schadens**

<https://dert.online/europa/209816-montenegro-arbeit-zum-vorteil-eigenen/>

22.06.2024

**Brüssel zerlegt nicht nur die Wirtschaft der EU-Mitgliedsländer mit seinen Sanktionen, es übt auch immer noch Druck auf die Länder aus, die meinen, der EU beitreten wollen zu müssen. Das kleine Montenegro durfte jetzt seine Einnahmen aus dem Tourismus opfern.**

*Von Marinko Učur*

Arbeit "zum Vorteil des eigenen Schadens" – so könnte man kurz die Haltung der montenegrinischen Regierung gegenüber Touristen aus einigen Ländern beschreiben. Jüngstes Beispiel ist die Abschaffung der Visafreiheit für Einwohner Usbekistans, die bis vor Kurzem von diesen Verwaltungsmaßnahmen ausgenommen waren. Angestellte im Tourismussektor sagen, dass die Usbeken gute Gäste mit tiefen Taschen waren und dass sie beträchtliche Summen in erstklassigen Hotels in diesem kleinen Land an der Adria ausgaben.

Offiziellen Daten zufolge verzeichnete Montenegro im vergangenen Jahr 18.000 Übernachtungen usbekischer Touristen. Alle kamen mit direkten Charterflügen auf den Flughäfen in Podgorica und Tivat an. Die Hoteliers hofften, dass die Usbeken die Lücke schließen könnten, die durch das Ausbleiben der traditionell zahlreichsten russischen Touristen entstanden ist. Auf Druck des Westens hat Montenegro nämlich Direktflüge nach Russland gestrichen, und die Missbilligung der Hotel- und Tourismusbranche wurde aufgrund der eurofanatischen Ambitionen des Landes, das angeblich kurz vor dem Beitritt zur Union steht, nicht berücksichtigt. Die Regierung will keineswegs ihren Platz unter den Ländern des Westbalkans verlieren, die bei der Annäherung an die EU und der Angleichung an den EU-Besitzstand am weitesten gegangen sind.

Als Beschäftigte im Tourismussektor erkannten, dass es unter den Usbeken Touristen mit tiefen Taschen gibt, spielten sie die Karte dieses zentralasiatischen Landes aus und hofften auch in diesem Jahr auf eine gute "touristische Ernte". Doch dann kam die kalte Dusche aus der Hauptstadt Podgorica in Form der Einführung einer Visaregelung gegenüber dem offiziellen Taschkent.

Tourismusbüros haben längst teilweise Arrangements verkauft, und nun ist fraglich, wie alles ausgehen wird und wer dafür den höchsten Preis zahlen wird. Unzufriedene Hoteliers vermuten, dass diese Entscheidung aus politischen Gründen getroffen wurde. Ihnen ist nicht klar, warum Usbeken plötzlich und unangekündigt auf der schwarzen Liste landeten, während Ägypter und Bürger der VAE und Saudi-Arabiens von der Einführung von Visa verschont blieben. Einige der Hoteliers, die auf Anonymität bestanden, bestätigten *RT DE*, dass Brüssel "geahnt" habe, dass es unter den Usbeken eine erhebliche Zahl von Russen oder zumindest solche gebe, die die doppelte Staatsbürgerschaft haben. Damit signalisiert die Regierung ihren Mentoren in Brüssel, dass sie bereit ist, alles zu tun, was von ihr verlangt wird, damit ihr "europäischer Weg" nicht in Frage gestellt wird.

"Das ist Arbeit zum Vorteil des eigenen Schadens", beschwert sich unser Gesprächspartner, der Besitzer einer luxuriösen Touristenanlage, die auf der Liste derer stand, die Touristen aus dem Osten beherbergen wollten. Da für dieses Jahr eine deutlich größere Anzahl von Touristen aus Usbekistan angekündigt wurde, ist davon auszugehen, dass Montenegro allein durch die Annullierung dieser Arrangements bis zu 70.000 Übernachtungen in Luxushotels und Resorts verloren hat. Kann sich das kleine Montenegro einen solchen Luxus leisten? Kann es sich mit diesen Verboten den Platz eines begehrten Touristenziels sichern? Die Antwort lautet sicherlich: Nein!

Warum gab die Regierung dieses Mal ebenfalls dem Druck des Westens nach, und warum verzichtet sie auf Gäste, die für ihre Großzügigkeit bei den Ausgaben in Unterkünften und außerhalb bekannt waren? Das weiß nur das Kabinett des neuen Premierministers Miloško Spajić, der nicht wie erwartet gezeigt hat, wo die Grenzen europäischer Ambitionen und nationaler Interessen liegen. Wenn man jedoch bedenkt, dass Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Kasachstan, Armenien und zahlreiche andere Länder immer noch von der Visaliberalisierung profitieren, werden Zweifel am Inhalt dieser Liste gehegt, insbesondere wenn in Betracht gezogen wird, dass im letzten Jahr nach offiziellen Angaben überhaupt keine Besuche ägyptischer Touristen verzeichnet wurden ... Es sollte betont werden, dass die Nichteinführung von Visa für die genannten Länder auch im Widerspruch zur EU-Visapolitik steht, aber diese Länder sind eigenartigerweise von den neuesten Maßnahmen der Regierung in Podgorica ausgenommen.

Journalisten, die die Lage in der Hotel- und Tourismusbranche verfolgen, bestätigen, dass es hier nicht um wirtschaftliche Gründe für die Einführung von Visa geht. Da es sich um ein Land der ehemaligen Sowjetunion handelt, aus dem keine Gefahr einer Migrationswelle nach Europa besteht, wird der Verdacht gehegt, dass es sich hier um einen weiteren Versuch handelt, den Ring um Russland enger zu ziehen, obwohl dort kein Verstoß gegen antirussische Sanktionen verzeichnet wurde. Die Hoteliers in Montenegro trösten sich damit, dass Serbien jüngst ähnliche Forderungen von Brüssel aus durchgemacht hat und gezwungen wurde, Visa für Bürger Tunesiens, Burundis, Guinea-Bissaus, Boliviens, Indiens und Kubas einzuführen. Aber die Liste der Forderungen an Serbien ist noch nicht endgültig, und Belgrad wird sie, wenn auch widerwillig, erweitern müssen, wenn es positive Signale von der Union will, die das offizielle Belgrad immer noch anstrebt.

\* \* \*

## **Alle für den Krieg: Die Scheingefechte der deutschen NATO-Einheitsfront**

<https://dert.online/inland/209554-alle-fuer-krieg-scheingefechte-deutschen/>

22.06.2024

**Die Bundeswehr aufrüsten, deutsche Rüstungskonzerne reicher machen und ihre Exporte weniger beschränken: Das ziehen die Ampelregierung und die Union längst durch. Doch**

## **Anträge der AfD, dies zu beschleunigen, erzürnten sie: Die NATO-Parteien lieferten sich wieder ein Scheingefecht.**

*Von Susan Bonath*

Drei aktuelle Anträge im Bundestag lesen sich, als hätte sie die Rüstungslobbyistin und kürzlich ins EU-Parlament gewählte FDP-Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann selbst verfasst. Danach soll der Gesetzgeber Exportbeschränkungen für Waffen weitgehend aufheben, deutsche Rüstungskonzerne bei der Auftragsvergabe bevorzugen und die Bundeswehr schneller aufrüsten.

Dass die Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP alias Ampel mit Unterstützung der Unionsparteien CDU und CSU längst in diese Richtung vorstoßen, verkünden die deutschen Medien fast täglich. Doch die Anträge stammten weder von der Ampel noch von der Union, sondern von deren Erzfeindin: der AfD.

In Windeseile mutierten SPD und Grüne in der Debatte vergangenen Freitag zu vermeintlichen Friedensengeln. Auch Union und FDP verfielen in Schnappatmung, um postwendend ihre eigenen Wünsche vorzutragen. Die unterschieden sich allerdings kaum von denen der AfD. Die Abgeordneten lieferten sich einmal mehr ein absurdes politisches Scheingefecht, das verschleiert: Krieg ist für sie alle eine Option, um die deutsche Profitmaschine wieder anzukurbeln.

### **AfD: Exportieren nach NATO-Wünschen**

Die AfD-Fraktion hatte drei Anträge eingereicht, die der Bundestag am 14. Juni in erster Lesung beriet. Diese zielen darauf ab, Deutschlands militärische Aufrüstung zu beschleunigen und (schon jetzt profitierende) einheimische Waffenkonzerne weiter zu stärken.

Erstens fordert die AfD, alle Exportbeschränkungen auf Rüstungsgüter aufzuheben, die innerhalb der NATO-Staaten "partnerschaftlich" entwickelt und produziert werden. Überdies solle Deutschland sogenannte Dual-Use-Güter, die zivil oder militärisch verwendbar sind, im Einklang mit "Partnerländern" exportieren. Zu letzteren zählt die AfD vor allem die USA, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Italien, Spanien und Japan. Die Genehmigungspraxis dürfe nicht im Widerspruch zu deren Politik stehen, so die AfD.

### **Nebensache Menschenrechte**

In dem Antrag geht es zudem um Menschenrechte, an deren Verletzung manche Waffenexporte scheitern könnten (was selten der Fall ist). Die Maßstäbe für solche Erwägungen dürften einzig "verbindliche Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen" (UN) sein. Dass solche Resolutionen häufig an der Vetomacht der USA scheitern, ist bekannt.

Zweitens solle die Bundesregierung bei der Auftragsvergabe für den wachsenden Militäretat deutsche Konzerne bevorzugen. So solle sie die dafür verwendeten Steuermittel im Land halten und Arbeitsplätze fördern. Die AfD wünscht sich gesetzliche Ausnahmen für militärische Beschaffungen, um "nicht gerechtfertigte Beschränkungen zu vermeiden".

### **Mehr Profit für deutsche Konzerne**

Drittens fordert die AfD politische Maßnahmen, um die "Planungssicherheit für die Erweiterung der Produktionskapazitäten" der deutschen Rüstungsindustrie zu gewährleisten, etwa über langfristige und verbindliche Lieferverträge. Dies sei nötig, um die Bundeswehr "materiell

einsatzbereit" zu machen.

Seine Fraktion sei besorgt um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, betonte der AfD-Politiker Malte Kaufmann. Weiter sagte er: "Es wird immer nur auf die Bundeswehr geguckt, das greift aber zu kurz." Man müsse zugleich auf die eigene Rüstungsindustrie setzen.

## Die Amnesie der SPD

Der SPD-Abgeordnete Ralf Stegner nutzte die Debatte zunächst für ein paar Beschimpfungen gegen die AfD. Diese sei, so ereiferte er sich, "eine Alternative für Russland und China", die sich wohl "bei der russischen Rüstungsindustrie beliebt machen" wolle. Denn dann würde wohl "Putin mit seinem Vetorecht noch den Rahmen der deutschen Sicherheitspolitik bestimmen".

Dann schwenkte Stegner plötzlich um, so als hätte er blitzartig vergessen, was er gerade gesagt hatte: "Die demokratischen Fraktionen sind sich weitgehend einig, dass die deutsche Rüstungsindustrie wichtig für Deutschland ist." Auch er sei für eine Neuauflage eines Exportgesetzes, die "mit den EU-Partnern abgestimmt ist". Unter anderem dies hatte die AfD gerade gefordert.

Jedoch, so behauptete Stegner, würden die AfD-Forderungen wohl Sozialkürzungen bedeuten, was "am Fundament unserer Gesellschaft sägt". Der SPD-Mann leidet offenbar unter Erinnerungsverlust. Denn vor wenigen Monaten erst hatte seine Partei zusammen mit ihren Koalitionspartnern, den Stimmen der Union und der Mehrheit der AfD den Haushalt für 2024 mit umfangreichen Sozialkürzungen zugunsten der Rüstungsausgaben verabschiedet.

## Die "Wertepartner" der Grünen

Maik Außendorf von den Grünen musste sich sehr bemühen, einen winzigen Unterschied zwischen seinen und den Ansichten der AfD herauszukristallisieren: Man könne nicht, wie gefordert, die Kontrolle über die Rüstungsexporte aufgeben, denn: "Deutsche Waffen in den falschen Händen darf es nicht geben."

Da stellt sich die Frage, wer für die von der Friedens- zur Kriegspartei mutierten Grünen die "richtigen Hände" wären. Das erklärte Außendorf in der Tat sehr eindrücklich:

*"Die Rüstungsindustrie ist nicht wie andere Branchen, sie hat eine herausragende Bedeutung für die Sicherheit, für unsere Beziehungen zu unseren europäischen, transatlantischen und geopolitischen Wertepartnern und für die Verantwortung für Menschen, die unter Autokraten, Diktatoren und Imperialisten leiden."*

## Kriegsbereit mit der Union

Der CDU-Politiker Klaus-Peter Willsch nutzte seine Redezeit, um de facto die Forderungen der AfD als seine eigenen zu verkaufen, aber so zu tun, als widersprächen sie diesen vollständig. Die Exportbeschränkungen seien in der Tat "zu restriktiv", mahnte er. Auch sei klar, so Willsch, dass "die Zeitenwende" alias Aufrüstung nicht mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro "erschöpft", sondern "eine dauerhafte Aufgabe" sei.

Besonders wichtig sei auch eine "gut aufgestellte Rüstungsindustrie", betonte er. Dann ereiferte er sich zu einem weiteren Bekenntnis, das aus den diskutierten Anträgen gar nicht hervorgeht: "Die Zivilklausel an Schulen muss vollständig weg", forderte er. Heißt: deutsche Schulen sollen "unterrichtende" Bundeswehrsoldaten in ihrem Haus dulden müssen. Allerdings fordert die AfD

auch das seit langem. Willsch stimmte der AfD also inhaltlich zu, konstruierte aber einen "Widerspruch".

### **FDP: Mehr Waffen, mehr Kapital, mehr Profit**

Ähnlich "argumentierte" Reinhard Houben von der FDP. Nachdem er dem ukrainischen (Ex) Präsidenten Wladimir Selenskij begeistert salutiert hatte, erläuterte er die Vorstellungen seiner Partei: Die Rüstungsindustrie brauche dringend (noch) mehr Kapital, überdies müsse die Beschaffung von Waffen schneller gehen. Das stimmt zwar mit den AfD-Anträgen überein, allerdings ist sein Motiv wohl anders.

So wetterte Houben, dass die AfD ja "für Putin" sei und betonte: "Putin ist aber gerade der Grund, warum wir wehr- und verteidigungsfähiger werden müssen." Dann legte er mit einer Parole nach, der so allgemein die AfD wohl wieder zustimmen würde: "Man muss sich wieder trauen, auf dem Schulhof zu sagen: Mein Papa arbeitet bei Rheinmetall."

### **BSW: "Altpartei für die Rüstungsindustrie"**

Apropos Rheinmetall: Der expandierende Düsseldorfer Rüstungskonzern vermeldete erst kürzlich ein "neues Allzeithoch" seiner Gewinne.

Die Rheinmetall-Aktien hätten sich seit 2022 im Wert auf über 480 Euro pro Stück in etwa verfünffacht, die ausgeschüttete Dividende mehr als verdreifacht, betonte die BSW-Abgeordnete Sevim Dağdelen während der Debatte. Dies bezahle allein der deutsche Steuerzahler, rügte sie.

Dies reiche der AfD offenbar nicht, so Dağdelen. Diese Partei sei in ihren Augen "keine Alternative, sondern eine Altpartei für die Rüstungsindustrie". Es gehe ihr offensichtlich nicht um Menschen, sondern um "mehr Profit für den militärisch-industriellen Komplex".

Wohl auch angesichts dessen, dass von den verbliebenen Linke-Abgeordneten keiner zu Wort kam, von denen sich das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) jüngst abgespalten hatte, blieb Dağdelen die einzige im Bundestag, die zu diesem Thema ernsthafte Widerworte gab.

### **Einheitsfront auf NATO-Kurs**

Der Rest der Bundestagsfraktionen scheint sich einzig uneinig darüber zu sein, gegen wen Deutschland nun Krieg führen muss oder warum es kriegsbereit werden und aufrüsten soll. Der Krieg selbst als Fortsetzung der imperialistischen Markteroberungspolitik der NATO-Staaten mit Waffengewalt bleibt für sie alle eine Option, um die bedrohten Profite der Konzerne und den kränkelnden westlichen Imperialismus neu anzukurbeln.

Die kapitalistische Einheitsfront im deutschen Politikzirkus ist sich zwar im Detail nicht immer einig, aber sie steht. Und sie schreitet fest auf NATO-Kurs gemeinsam voran. Vor allem das macht die inszenierten Scheingefechte von vermeintlich "guten Demokraten" gegen "böse Rechte" zu einer absurden Farce.

\* \* \*

## Amerika bittet Russland, das Jüngste Gericht zu vertagen

<https://dert.online/international/209969-amerika-hat-russland-gebeten-juengstes-gericht-zu-vertagen/>

23.06.2024

**In der US-Zeitschrift "The American Conservative" sind gleich zwei Artikel erschienen, die dringend für Friedensverhandlungen auf Grundlage von Wladimir Putins jüngsten Vorschlägen plädieren. Ist dies das Zeichen eines im Westen einsetzenden Umdenkens?**

*Von Kirill Strelnikow*

Jetzt wissen wir genau, wie lange es dauert, bis eine Giraffe die Botschaft versteht: Eine Woche ist vergangen, seit der Kollektive Westen Putins Friedensvorschläge erhalten hat, und plötzlich erweist sich, dass der Plan der Lösung des Ukraine-Konflikts, den sie zuerst prompt und reflexartig abgelehnt haben, durchaus der Beginn eines Friedensprozesses sein kann. Und dass Putins wenige Vorbedingungen eisenhart begründet sind.

Eine der bekanntesten amerikanischen Publikationen, *The American Conservative*, die Stimme der verbliebenen Realisten und Pragmatiker im Westen, veröffentlichte gestern zwei programmatische Artikel, die sich sowohl an die westliche Elite als auch an die russische Führung richten.

Der erste Artikel mit dem bezeichnenden Titel "The Biden Administration Has No Definition of Victory in Ukraine – That is just one of the reasons to start negotiations" ("Die Biden-Administration hat keine Vorstellung von einem Sieg in der Ukraine – und das ist einer der Gründe für die Aufnahme von Verhandlungen") räumt überraschend offen ein, dass einer der Hauptgründe für den Beginn des Konflikts in der Ukraine die anhaltende Missachtung russischer Interessen durch den Westen ist. Die Missachtung russischer Interessen und der zahlreichen Warnungen nicht nur aus Moskau, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine für Russland von Anfang an "absolut inakzeptabel" war.

Der Artikel zitiert NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg:

*"Im Herbst 2021 schickte uns Putin einen Vertragsentwurf über die Nichterweiterung der NATO. Natürlich haben wir ihn nicht unterschrieben. Und er begann einen Krieg, um zu verhindern, dass (ein neues und feindliches Mitglied der) NATO an Russlands Grenzen auftaucht."*

Der zweite Artikel mit dem Titel "Putin's Peace Proposal: Deal or No Deal?" kommt zu dem Schluss, dass die Ablehnung von Putins Friedensplan durch die Ukraine und den Westen ein schwerer Fehler war. Ein Fehler, der dringend korrigiert werden muss, wenn es dafür nicht zu spät ist.

Die öffentlichen Argumente "für dringende Friedensgespräche" sind in beiden Artikeln fast identisch:

Kiews hartnäckig verkündete Ziele (auf Geheiß seiner derzeitigen Handlanger) wie die Rückgabe der Krim und des Donbass, die Entmachtung Putins und ein Regimewechsel in Russland sind "längst verworfene Phantasien". Russland hat allen Widrigkeiten zum Trotz eine starke Wirtschaft, eine maßgebliche Führung, chinesische Unterstützung, eine riesige Bevölkerung und Armee, und sein militärisch-industrieller Komplex arbeitet "mit voller Kraft".

Die von Selenskij versprochene neue Offensive sei vor dem Hintergrund eines personellen Desasters "unrealistisch". Die Ukraine sei für die USA und Europa nie wichtig gewesen, aber der militärische Konflikt bereite dem Westen ernste Probleme: *"Wer in Donezk, Lugansk, Cherson und Saporoschje regiert, geht uns absolut nichts an."*

Die Zeit spiele gegen die Ukraine und den Westen, und es sei notwendig, das Maximum dessen herauszuholen, was im Moment möglich ist, denn dann werden die Bedingungen schlechter sein: *"Es ist unwahrscheinlich, dass Kiew nächstes Jahr in einer besseren Verhandlungsposition sein wird als jetzt."*

Das wichtigste Argument lautet indes: Versuche, den Westen und die NATO noch tiefer in den Konflikt zu verwickeln, sind ein direkter Weg in ein nukleares Armageddon, das niemand will. Es liege im Interesse Europas und der Vereinigten Staaten, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, was bedeutet, dass "Verhandlungen (mit Russland) kategorisch notwendig sind".

In der Tat wird Russland aufgefordert, die Umsetzung von "Plan B" mit noch härteren Konsequenzen hinauszuzögern und die kategorische Weigerung der derzeitigen westlichen Führer, zu verhandeln, zu ignorieren, weil im November ein neuer Präsident im Weißen Haus und neue Staatschefs mit einer realistischeren Position in Europa antreten könnten.

Amüsanterweise wurde ein ähnlicher Gedanke vom derzeitigen französischen Premierminister Gabriel Attal formuliert, der sagte, dass, sollte die rechtsgerichtete Partei Rassemblement National nach den Parlamentswahlen an die Macht kommen, dies sowohl innenpolitisch als auch international zu großen Veränderungen führen werde. Einschließlich der "Einstellung eines Großteils der Hilfe für die Ukraine". Florian Philippot, ein französischer Politiker und Architekt des Erfolgs von Marine Le Pen, schloss sich ihm an und schrieb, dass die westlichen Länder ihre Finanzhilfe für Kiew einstellen sollten und dass die Ukraine selbst "so bald wie möglich auf der Grundlage der vor zwei Jahren in Istanbul getroffenen Vereinbarungen an den Verhandlungstisch mit Russland zurückkehren sollte".

Die neuen Politiker in anderen westlichen Ländern, die auf der Welle der "Lame-Duck-Epidemie", von der die Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Kanadas und Japans befallen wurden, vielleicht bald die "Verweigerer" ablösen und Verhandlungen mit Russland aufnehmen, haben eine ähnliche Position.

Die zaghaften Rufe einiger westlicher Kräfte nach Verhandlungen und die Aufforderung, "einen kühlen Kopf zu bewahren", wurden von Russland sicherlich vernommen. Wir sehen, wie der Westen langsam aber sicher zurückweicht. Hier und da gibt es Berichte, dass Putins Friedensplan ein echter Segen ist: *"Moskaus Friedensvorschlag hat versteckte Möglichkeiten. Selbst eine 'geschrumpfte' Ukraine könnte mit westlicher Hilfe zu einer blühenden Nation werden, wie Südkorea nach 1953 oder Westdeutschland nach 1945."*

Es könnte sich jedoch herausstellen, dass Putins mehr als vernünftige und realistische Vorschläge nur eine begrenzte Haltbarkeit haben und es keine Rückkehr zu dem einst hochmütig verworfenen Friedensplan geben wird, sondern dass neue Bedingungen "vor Ort" festgelegt werden. Russland kann und wird nicht warten, bis die Generation der "Falken" im Westen durch eine Generation von Tauben, Kanarienvögeln oder Papageien ersetzt wird.

Russlands Führung schafft erfolgreich und konsequent eine neue Weltordnung und eine neue wirtschaftliche und politische Realität (siehe die Ergebnisse der Besuche von Präsident Wladimir Putin in Nordkorea und Vietnam, die Warteschlange derjenigen, die den BRICS beitreten wollen, und so weiter) und stärkt gleichzeitig das Land, seine Armee und seine Wirtschaft: Laut dem US-Kongressabgeordneten Michael Waltz *"verkauft Russland mehr Öl und Gas in Asien und Europa, in*

*der ganzen Welt, als jemals zuvor. Die Welt verändert sich unwiderruflich vor unseren Augen – und nicht zu Gunsten des Kollektiven Westens."*

Und während die Giraffe langsam begreift, dass sie die saftige Kokosnuss hätte nehmen sollen, die ihr gestern angeboten wurde, bekommt sie morgen vielleicht nur eine zerfetzte Feige angeboten.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Originalartikel ist am 21. Juni 2024 auf [ria.ru](http://ria.ru) erschienen.*

\* \* \*

## **Terror an Pfingsten: Russland wurde ein Religionskrieg erklärt**

<https://dert.online/russland/210125-russland-wurde-religionskrieg-erklart/>

24.06.2024

**Gegen die russische Bevölkerung wurden am Sonntag mehrere Terroranschläge verübt. Das Datum des Angriffs und auch die Ziele zeigen erneut deutlich, dass der Feind gegen Russland nicht nur auf dem Schlachtfeld einen Krieg führt.**

*Von Jewgeni Balakin*

Das diesjährige orthodoxe Pfingsten wurde von einem brutalen und blutigen Massaker geprägt. Die Terroranschläge in Sewastopol, Derbent und Machatschkala, die an einem der wichtigsten christlich-orthodoxen Feiertage verübt wurden, waren ein ungeheurer Schock für ganz Russland. Islamisten, ukrainische Kämpfer und ausländische Geheimdienste haben bei dem geplanten Angriff auf die russische Zivilbevölkerung gemeinsam gehandelt.

Der erste Angriff richtete sich gegen Sewastopol, wo gegen 12 Uhr Moskauer Zeit fünf US-amerikanische ATACMS-Raketen mit Streusprengköpfen über der Stadt registriert wurden. Trotz des schnellen Einsatzes der Luftabwehr wurden Urlauber am Strand von Utschkujewka von den Trümmern getroffen (anderen Quellen zufolge handelte es sich um die einzige nicht abgefangene Rakete und deren Splitter). Nach neuesten Angaben wurden 151 Menschen verletzt, 82 wurden ins Krankenhaus eingeliefert (davon 27 Kinder), vier Menschen (darunter zwei Kinder) wurden getötet. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die US-amerikanischen Raketen von einer US-amerikanischen Drohne vom Typ Northrop Grumman RQ-4 Global Hawk gesteuert wurden, die seit neun Uhr morgens über dem Schwarzen Meer kreiste.

Dann, gegen 18 Uhr Ortszeit, folgten die gleichzeitigen Angriffe in Machatschkala und Derbent. In Machatschkala geriet die Synagoge in der Jermoschkin-Straße infolge des Beschusses in Brand, außerdem wurde die im Jahr 1906 erbaute Mariä-Entschlafens-Kathedrale angegriffen. Auch ein Posten der Verkehrspolizei wurde attackiert. In Derbent töteten Terroristen Polizisten und Wachleute und setzten die im Jahr 1914 erbaute Kele-Numas-Synagoge in Brand. Auch die Obhutkirche der Heiligen Jungfrau Maria, die letzte erhaltene orthodoxe Kirche in Derbent, wurde angegriffen. Michail, ein Wächter der Kirche, wurde von den Terroristen erschossen, und dem 66-jährigen Erzpriester, Vater Nikolai Kotelnikow, wurde die Kehle durchgeschnitten.

Bei einer Anti-Terror-Operation in Dagestan wurden mindestens sechs Terroristen getötet. Unter ihnen waren Osman und Adil Omarow, die jüngeren Söhne von Magomed Omarow, dem Leiter des Bezirks Sergokala in Dagestan, und dessen Neffe Abdussamad Amadsijew. Nach Angaben des Oberhauptes der russischen Teilrepublik Dagestan, Sergei Melikow, wurden "mehr als 15 Polizeibeamte Opfer des heutigen Terroranschlags", und auch mehrere Zivilisten wurden getötet. 34 Menschen wurden verwundet, darunter 27 Polizeibeamte. Gegen 23:00 Uhr Ortszeit war die Lage in Dagestan unter Kontrolle gebracht und die aktive Phase der Anti-Terror-Operation

abgeschlossen.

Ein terroristischer Akt ist nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine soziale und politische Aussage. Was wollten die Auftraggeber, Organisatoren und Täter des Massakers am Pfingsttag sagen?

Erstens, dass der Krieg, der gegen Russland geführt wird, eine ganz eindeutig religiöse Dimension hat. Und während auf russischer Seite noch nicht jeder das Verständnis dafür hat, dass wir im Zuge der militärischen Sonderoperation einen heiligen Krieg führen (es kann natürlich nicht von außen aufgezwungen werden, diese Dimension ist in erster Linie intern), verstehen unsere Feinde dies klar und machen es unmissverständlich deutlich. Der Angriff auf Kirchen und Synagogen ist der Beweis dafür. Die Ermordung von Vater Nikolai, der mehr als 40 Jahre lang in Derbent tätig war und ein Symbol des Friedens und der Verständigung zwischen den Religionen darstellte und als Prototyp des Abbildes eines orthodoxen Priesters bei der Schaffung des Denkmals der Freundschaft der drei Religionen (Christentum, Islam, Judentum) diente, das im Jahr 2019 errichtet wurde, ist ebenfalls bezeichnend.

Zweitens, dass buchstäblich jeder Einwohner Russlands zu ihrem Feind erklärt wird. Der Unterschied zwischen Militärs und Zivilisten, Erwachsenen und Kindern wird durch einen Angriff auf Urlauber an einem Strand in Sewastopol verwischt. Das Gleiche gilt für den Unterschied zwischen Religion und ethnischer Zugehörigkeit – durch Angriffe auf Kirchen und Synagogen und die Tötung eigener (bewaffneter und friedlicher) Landsleute durch Islamisten, die sie als "Ungläubige" ansehen, die "keine Gnade verdienen", wird auch dieser Unterschied verwischt.

Die koordinierte Arbeit der russischen Luftabwehr, die heldenhaften Aktionen der Polizei und das Martyrium von Vater Nikolai verdienen sicherlich Respekt und Anerkennung. Allerdings bleibt die Frage "Was nun?" offen, denn es besteht kein Zweifel, dass die Feinde erneut versuchen werden, einen weiteren Terroranschlag zu verüben – und wenn unsere Schwächen nicht eingesehen werden, könnten sie ihr Ziel erreichen. Es ist schwierig, in einer solchen Situation Ratschläge zu erteilen, aber es ist notwendig, einige der wunden Punkte zu erläutern.

Erstens sind die ungehinderten Flüge (nicht nur) US-amerikanischer Drohnen über dem Schwarzen Meer zu einer systemischen, ständigen Bedrohung für Russland geworden. Und wenn sie aus irgendwelchen militärischen Gründen nicht abgeschossen werden können, dann müssen wir ihre Flüge auf andere Weise unmöglich machen. Ohne sie können die ukrainischen Militärs keine präzisen Angriffe auf die russische Schwarzmeerküste durchführen. Es ist überflüssig zu erwähnen, dass sich die ukrainischen Truppen genau wie Terroristen verhalten, denn sie sind Terroristen. Es sind die ukrainischen Streitkräfte, die der Zivilbevölkerung Russlands den größten Schaden zufügen.

Zweitens müssen alle Vorbedingungen für die Entwicklung radikaler Stimmungen in Dagestan an der Wurzel bekämpft werden. Alle Religionslehrer sollten in Russland in speziell zugelassenen Einrichtungen ausgebildet werden. Fragwürdige "Prediger" aus dem Ausland müssen gründlich überprüft werden. Äußere Zeichen des radikalen Islam sollten eingeschränkt werden, wie dies in jüngster Zeit in zentralasiatischen Ländern geschehen ist. Orte, an denen sich angeblich terroristische Identitäten herausbilden (zum Beispiel zwielichtige MMA-Clubs), sollten unter die Lupe genommen werden. Es geht sicher nicht darum, den Islam in Dagestan zu bekämpfen, sondern darum, den traditionellen Islam zu unterstützen, der von radikalen Einflüssen aus dem Ausland befreit und geschützt wird.

Schließlich muss man sich bewusst machen, dass die historischen Ereignisse, die Russland derzeit erlebt, unsere gemeinsame Sache sind. Wenn für den Feind weder Religion noch Alter noch

Geschlecht einen Unterschied darstellen und er auch zwischen Militärs und Zivilisten nicht unterscheidet, dann wird das, was geschieht, früher oder später jeden von uns betreffen (und hat es bereits getan!). Deshalb müssen wir durch die Einheit des historischen Ziels geeint sein, dessen wichtigste Etappe der Sieg in der militärischen Sonderoperation ist. Wir (jeder Russe) werden nicht in Ruhe gelassen, denn gegen unser Land wird nicht nur auf dem Schlachtfeld ein Krieg geführt, sondern auch im Verborgenen, mit hinterhältigen terroristischen Methoden. Und uns allen bleibt nur, ihn zu gewinnen.

*Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen bei RIA Nowosti am 24. Juni 2024.*

\* \* \*

## **Assange-Freilassung: Schachzug von Bidens Polittechnologen als Wahlhilfe gegen Trump**

<https://dert.online/international/210254-assange-freilassung-schachzug-von-bidens-polittechnologen-wahlhilfe-gegen-trump/>

25.06.2024

**Wenn die Freilassung von Julian Assange je ein Triumph sein sollte, dann für Bidens Polittechnologen. Nun kann sich der Präsidentschaftskandidat der Demokraten als Kämpfer für Freiheit gegen seinen republikanischen Rivalen Trump profilieren. Bei dem Deal mit der Justiz wird auch der "Tiefe Staat" nicht geschlagen.**

*Von Walentin Bogdanow*

Ein schwarz getönter Minibus verlässt das Belmarsh-Gefängnis, Julian Assange füllt Papiere aus, er besteigt am Londoner Flughafen Stansted einen Jet, um in Richtung seiner Heimat Australien zu fliegen – so sieht der Weg zu einem glücklichen Ende für den Ex-Sträfling #A9379AY aus. Assanges Team hat Hunderttausende von geheimen Dokumenten über US-Kriegsverbrechen in Afghanistan und im Irak veröffentlicht. Und hier ist nun der Deal.

In der erzielten Vereinbarung fordern die Staatsanwälte, die sich gegen die Auslieferung an die USA wehren, eine Haftstrafe von 62 Monaten – so viel hat Assange bereits in einem Hochsicherheitsgefängnis in einer 2 × 3 Meter großen Zelle verbüßt, isoliert 23 Stunden am Tag. Natürlich muss die Vereinbarung noch von einem Bundesrichter genehmigt werden, aber daran gibt es kaum Zweifel, denn das Weiße Haus und Joe Biden persönlich brauchen die Genehmigung. Sie brauchen es dringend.

"Julian Assange stimmt einem Vergleich mit der Biden-Administration zu, der es ihm ermöglicht, eine Gefängnisstrafe in den USA zu vermeiden" – die Überschrift der *CNN*-Story macht deutlich, warum der WikiLeaks-Gründer schon so lange hinter Gittern sitzt, und erst jetzt aus dem Gefängnis entlassen wurde. Und das, obwohl Washington diese Option schon seit Monaten angedeutet hatte. Sie haben nur auf den für sie günstigsten Moment gewartet. Und nun ist er gekommen.

Es sind noch genau zwei Tage bis zur Debatte zwischen Biden und Trump, und die Freilassung von Assange, die gerade noch rechtzeitig erfolgte, macht den Chef des Weißen Hauses im Streit mit seinem Gegner vom Verfolger der Freiheit (wie Trump ihn darzustellen versucht) zu ihrem Verteidiger. Was ist ein Verteidiger – ein echter Kämpfer gegen den tiefen Staat, der sich nicht einmal an das Böse erinnert. In den Köpfen der Amerikaner ist die Geschichte der schmutzigen Informationen über Hillary Clinton, die sie 2016 ihre Niederlage kostete, noch immer präsent.

Es besteht kein Zweifel, dass durch die Bemühungen derselben Leute von *CNN* (sie stellen auch die

Moderatoren für die Debatte) die Geschichte, dass Mike Pompeo 2017 als Trumps Außenminister mit hochrangigen CIA-Beamten die Möglichkeit der Entführung oder Tötung des Leiters von WikiLeaks erörterte, in der Debatte zur Sprache kommen wird. Schließlich war es unter Trump, dass Assange 2019 in 18 Anklagepunkten angeklagt wurde, die eine drakonische Haftstrafe von 175 Jahren vorsahen.

Es ist auch klar, wen Bidens politische Technologen für sich gewinnen wollen. Sie können die Meinung der Trumpisten nicht ändern, aber der verzweifelte Kampf um die Libertären (von denen viele Trump nicht mögen) ist durchaus gerechtfertigt. Es ist unwahrscheinlich, dass gerade jetzt irgendjemand von ihnen Biden übelnimmt, dass er Assange nicht früher begnadigt hat, wie etwa Obama es mit Bradley (später Chalsey) Manning getan hat, der geheimes Material an den WikiLeaks-Gründer weitergegeben hat.

Was ist also die Quintessenz? Die Einschätzung des US-Präsidentschaftskandidaten Robert Kennedy Jr. ist hart, aber nüchtern. Nachdem er die Macht des tiefen Staates selbst erfahren hat, räumte er bitter ein, dass der amerikanische "tiefe Staat" aus dem Fall Assange zumindest nicht geschwächt hervorgehen wird. Die Vereinigten Staaten haben ihr Ziel erreicht: Sie haben den Journalismus kriminalisiert und gleichzeitig unter Verletzung aller Normen des internationalen Rechts ihre Gerichtsbarkeit wieder einmal auf Nicht-Amerikaner ausgedehnt. In diesem Sinne steht der Fall Julian Assange auf einer Stufe mit den Fällen der Russen Viktor But und Konstantin Jaroschenko.

Doch während sich der russische Staat für die eigenen Leute einsetzte und sie am Ende freibekommen konnte, musste Australien (als Amerikas untergeordneter Verbündeter) zusehen, wie Assange zwischen dem Tod im Gefängnis oder einer Einigung auf einen Vergleich wählen musste. Das Urteil soll am Dienstag um 9:00 Uhr Ortszeit (Berlin Mittwoch 1:00 Uhr) in Sainapa, der Hauptstadt der Nördlichen Marianen, verkündet werden. Die Inselgruppe gehört zwar zum US-Commonwealth, liegt aber viel näher an Assanges Heimat Australien als an den Vereinigten Staaten, von denen er sich nun immer fernhalten muss.

*Übersetzung aus dem Russischen. Walentin Bogdanow ist Fernsehjournalist und Leiter des russischen WGTRK-Büros in New York.*

\* \* \*

## **Der Petrodollar ist tot: Was geschah wirklich zwischen den USA und den Saudis?**

<https://dert.online/international/210188-petrodollar-ist-tot-was-geschah-wirklich-zwischen-den-usa-und-den-saudis/>

26.06.2024

**Nachrichten über das Auslaufen des Abkommens zwischen Washington und Riad mögen falsch sein, dennoch ist eine für den Erfolg des US-Dollars entscheidende Vereinbarung erodiert.**

*Von Henry Johnston*

Es heißt, fiktive Schilderungen könnten bisweilen gewisse Wahrheiten oft besser vermitteln als Nachrichtenagenturen. In diesem Licht sind vielleicht auch die unlängst im Internet kursierenden Berichte über das Auslaufen des 50-jährigen Abkommens zum "Petrodollar" zwischen den USA und Saudi-Arabien zu bewerten.

Dieses Abkommen ist frei erfunden. Die Falschmeldungen scheinen ihren Ursprung in Indien oder in dem undurchsichtigen Labyrinth von Websites zu haben, die sich an Krypto-Investoren richten. Es gab zwar ein offizielles Abkommen zwischen den USA und Saudi-Arabien, das im Juni 1974 unterzeichnet wurde. Und es gab ein weiteres, aber geheimes Abkommen, das im selben Jahr etwas geschlossen wurde und wonach den Saudis militärische Hilfe im Gegenzug für die Umwandlung ihrer Öleinnahmen in US-Staatsanleihen versprochen wurde. Der Deal, wonach der Riad sein Öl für US-Dollar verkaufen würde, war informell und hatte kein Ablaufdatum. Das Petrodollar-System, wie wir es heute kennen, ist weitestgehend organisch gewachsen.

Doch diese Fiktion weist auf eine dem Ganzen zugrunde liegende Wahrheit hin: Der Petrodollar ist jetzt in eine lange Dämmerphase eingetreten, aus der es kein Zurück mehr geben wird. Kein anderes Wirtschaftsabkommen trug im letzten halben Jahrhundert mehr zur Sicherung der Vormachtstellung der USA bei. In seinem Wesen stellte es eine implizite Öldeckung für den US-Dollar dar, die aufrechterhalten bleiben sollte. Dabei kann man eine Idee aufgreifen, die ursprünglich von dem Finanzanalysten Luke Gromen geäußert wurde: Es ist letztlich die Unfähigkeit und Unwilligkeit der USA, diese Deckung ihres Dollar aufrechtzuerhalten, die allmählich das System scheitern lässt.

## Ursprünge des Petrodollars

Als die USA 1971 die Golddeckung des US-Dollars abschafften und damit das Bretton-Woods-Abkommen außer Kraft setzten, wurde damit das internationale Finanzsystem ins Chaos gestürzt. Es folgte eine turbulente Zeit mit hoher Inflation und umfassenden Anpassungen infolge frei schwankender Währungskurse als die neue Realität. Da der US-Dollar somit nicht einmal mehr den Anschein einer Deckung durch Gold erweckte, verlor er – wenig überraschend – an Wert und setzte die Inflation in Gang. Bis zum Sommer 1973 hatte er gegenüber anderen wichtigen Währungen bereits ein Fünftel seines Wertes verloren.

Damit hätte eigentlich die in der Nachkriegszeit zweieinhalb Jahrzehnte andauernde Vorherrschaft des US-Dollars zu Ende gehen sollen. Doch es geschah etwas ganz Merkwürdiges: Die Rolle des US-Dollars als Reservewährung und wichtigstes Handelsinstrument wurde nur noch weiter ausgebaut. Der Grund dafür war die Tatsache, dass es den Amerikanern gelungen war, den Ölhandel in US-Dollar steuern zu können, und zwar zunächst mit den Saudis im Jahr 1974 und bald darauf mit der gesamten OPEC. Dadurch wurde faktisch eine Rohstoffdeckung für den US-Dollar geschaffen. Da der Ölmarkt viel größer ist als der Goldmarkt, gab das dem US-Dollar sogar noch mehr Spielraum.

Im Gegenzug für die Zustimmung, Öl gegen US-Dollar zu verkaufen, wurde Saudi-Arabien zu einem Protektorat des US-Militärs. Viele betrachteten diesen Deal als ein "unwiderstehliches Angebot" für die Saudis, das sie einfach nicht ablehnen konnten. Und schließlich erregten der US-Außenminister Henry Kissinger und der US-Verteidigungsminister James Schlesinger Anfang 1975 höchste Aufmerksamkeit, als sie die Möglichkeit nicht mehr ausschließen wollten, im Falle einer "Strangulierung" des Westens durch die ölproduzierenden Länder, ausländische Ölfelder mit militärischer Gewalt zu übernehmen. Obwohl der "Öl-Deal" zwischen den USA und Saudi-Arabien diesen Äußerungen vorausging, ist es nicht weit hergeholt, sich vorzustellen, dass es das saudische Königreich für sicherer hielt, sich unter die Obhut der USA zu begeben, als abzuwarten, wie das Wort "Strangulation" genau definiert werden würde.

Das war wohl eine gute Wette. In den letzten fünfzig Jahren ist in Saudi-Arabien viel passiert, aber eine Farbrevolution oder eine US-Operation zum Regimechange ist definitiv nicht eingetreten.

## Die De-facto-Ölfinanzierung und die Ausnahme von der Regel

Der US-Dollar ging also von einer Bretton-Woods-Bindung an den Goldpreis zu einer inoffiziellen Deckung durch Öl über. Tatsächlich bewegte sich der Ölpreis nach dem Schock von 1973/1974 in den folgenden 30 Jahren in einer bemerkenswert stabilen Spanne zwischen etwa 15 bis 30 US-Dollar pro Barrel. Diese bemerkenswerte Stabilität ist der Kern des Erfolgs vom Petrodollar-System. Es gab eine wichtige Ausnahme von dieser Stabilität, aber selbst diese führte letztlich zu einer Stärkung des Systems.

Eine Ausnahme bildete der Ölpreisschock von 1978/1979, der durch die iranische Revolution ausgelöst wurde, als der Ölpreis weit über die obere Schwelle dieser Spanne anstieg. Dies fiel mit einer tiefen Krise des US-Dollars und einer galoppierenden Inflation in den USA zusammen (und war teilweise auch eine Ursache dafür). Zu dieser Zeit begann der damalige Vorsitzende der Federal Reserve Bank (Fed) Paul A. Volcker Jr. mit seiner berühmten Serie aggressiver Leitzinserhöhungen.

Die "bittere Arznei" von Volcker zielte zwar darauf ab, die schlimmste Inflation in der US-Geschichte zu bekämpfen, aber nicht weniger wichtig war ihre Wirkung auf die Stärkung der erschütterten Glaubwürdigkeit des US-Dollars. In einem damaligen Artikel in der *New York Times* wurde beklagt, die Maßnahmen des Vorsitzenden der Federal Reserve *"machen deutlich, dass internationale Erwägungen und insbesondere die Verteidigung des US-Dollars die US-Wirtschaftspolitik inzwischen in einem Maße beeinflussen, wie es in der Nachkriegszeit noch nie zuvor der Fall war"*. Mit anderen Worten wurde Volcker vorgeworfen, das Funktionieren des Dollarsystems über innenpolitische Erwägungen zu stellen.

Es ist wichtig, sich hier nicht zu sehr in das Entwirren von Ursache und Wirkung zu verstricken oder in Volckers Handeln einen expliziten Petrodollar-Bezug zu suchen. Der Ölmarkt reagierte in jenen Jahren auf eine Vielzahl von Faktoren, und die Federal Reserve Bank hatte nicht die Macht, ihn zu steuern. Volcker versuchte das auch explizit gar nicht. Aber er war sich der Belastungen wohl bewusst, die die hohen Rohölpreise den Ölimporteuren bereiteten, und auch der Bedrohung für die Stabilität des Systems, die sie darstellten.

Durch Volckers entschlossenes Handeln wurde der US-Dollar wieder zur beliebtesten Währung auf der Welt, wobei der starke US-Dollar dazu beitrug, dass Öl in US-Dollar tatsächlich billiger blieb als in anderen Währungen. Am wichtigsten jedoch war, dass der Eindruck entstand, die USA seien bereit, ihrer eigenen Wirtschaft Schmerzen zuzufügen (Volcker ließ die USA zwei schwere Rezessionen durchleben), um den Dollarwert für alle globalen Akteure zu erhalten, die US-Dollars halten oder Geschäfte in US-Dollar abwickeln.

Anfang der 1980er Jahre sanken die Ölpreise wieder und bewegten sich in den nächsten etwa zwanzig Jahren im Bereich zwischen 15 und 30 US-Dollar. Das lag vor allem an der Erschließung neuer Ölvorkommen, etwa in der Nordsee, in Alaska und Mexiko. Das Entscheidende war, dass der US-Dollar seinen Wert gegenüber dem Öl bewahrte. Dabei spielt es keine Rolle, wie viel davon tatsächlich ein Erfolg der US-Politik und wie viel lediglich ein Zusammentreffen günstiger Umstände war. Entscheidend ist, dass der US-Dollar als gleichwertiges Äquivalent zum Öl angesehen wurde und die Jahre unter Volcker den Eindruck erweckten, dass die USA in Krisenzeiten tatsächlich den US-Dollar verteidigen und fair managen würden. Das machte das Halten von US-Dollars (oder auch US-Staatsanleihen) für alle zu einer vernünftigen Angelegenheit.

## **Die 30-Jahres-Stabilität bricht – und der Rest ist Geschichte**

Im Jahr 2003 begann der Ölpreis einen langen und stetigen Anstieg. Dies ist größtenteils auf die steigende Nachfrage aus China und die geologischen Gegebenheiten zurückzuführen, dass viele der großen Ölfelder der Welt ihren Höhepunkt der Fördermengen überschritten hatten, was eine Verknappung des leicht förderbaren Öls bedeutete (es ist zutreffender, vom Höhepunkt des

"billigen" Öls zu sprechen als vom tatsächlichen geologischen Höhepunkt). Auch der US-Dollar verlor zwischen 2003 und 2008 gegenüber anderen wichtigen Währungen erheblich an Wert – ein Umstand, der laut dem Ökonomen Steve Hanke etwa 50 Prozent des Ölpreisanstiegs in diesem Zeitraum verursachte.

Wichtig ist, dass der Ölpreis nicht nachgab, als er den höchsten Stand seit 30 Jahren erreicht hatte. In den nächsten Jahren stiegen die Ölpreise vielmehr stetig an und erreichten im Juli 2008 mit 145 US-Dollar pro Barrel ihren Höchststand. Das kann man ebenso auch als einen Wertverlust des US-Dollars gegenüber dem Öl darstellen, was für alle diejenigen, die US-Dollars halten und Öl kaufen, eine bedrohliche Entwicklung ist.

Genau an diesem Punkt zeigte sich ein fataler Riss im Fundament des Petrodollars. Wo war nun angesichts der steigenden Ölpreise und des schwächelnden US-Dollars ein neuer verwegener Paul Volckers, der kommen und die Geldpolitik straffen würde, um den US-Dollar um jeden Preis zu stärken und seine implizite Öldeckung aufrechtzuerhalten? Die Antwort lautet: er war nirgends zu finden. Tatsächlich geschah nämlich genau das Gegenteil. In der entscheidenden Phase des Anstiegs der Rohölpreise im Jahr 2007 und Anfang 2008 senkten die USA als Reaktion auf ihre schwächelnde Wirtschaft sogar die Zinssätze und verschärften damit noch das Problem.

Luke Gromen ist der Ansicht, dass diese Episode für viele Länder eine wichtige Erkenntnis mit sich brachte. Sie hatten ihre Währungsreserven in dem Glauben angehäuft, dass der US-Dollar auch weiterhin so gut verwaltet würde, dass er auf Öl gestützt genauso gut wie auf Gold sei und dass die USA keine Politik verfolgen würden, die zur Verarmung der Energieimporteure führen würde.

Was die Lage noch verschlimmerte, war die Flut von "Rettungspaketen" die "quantitative Lockerung" in Höhe von Billionen US-Dollar infolge der Finanzkrise 2008/2009. Das verstärkte noch den Eindruck, dass die USA keine Mühen scheuen würden, um vorrangig ihr eigenes, marodes Bankensystem zu stabilisieren – US-Dollar hin oder her. Zudem war deutlich geworden, dass die US-Wirtschaft inzwischen zu sehr eine Finanzwirtschaft und zu stark verschuldet war, um eine "medizinische Behandlung" nach dem Vorbild von Volcker zu ertragen.

Man sollte allerdings bedenken, dass die Ölpreise im Jahr 2009 tatsächlich eingebrochen sind und der US-Dollar während der weltweiten Finanzkrise (paradoxe Weise) an Stärke gewinnen konnte. Dies war jedoch direkt auf die wirtschaftliche Katastrophe zurückzuführen, die durch den Crash selbst und die anschließende Rezession verursacht wurde. Niemand verwechselte Ben Bernanke mit Paul Volcker.

Auch die Ölpreise sanken zwischen 2014 und 2016 im Zuge des Schieferöl-Booms, der die USA de facto zum weltweiten Grenzkosten-Produzenten machte. Man könnte sogar behaupten, dass der US-Dollar über weite Strecken des Jahrzehnts von 2010 bis 2020 in eine neue (wenn auch höhere) Preisspanne gegenüber dem Öl fiel und damit ein – wenn auch blasses – Abbild der früheren Ölpreisstützung des US-Dollars wiederherstellte. Aber das System funktionierte zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr richtig. Das kurzlebige Schieferöl-Wunder verzögerte und verschleierte die Folgen nur etwas.

Es ist wichtig, in den Schwankungen des US-Dollar-Kurses oder des Rohölpreises nicht eine Bestätigung oder Widerlegung der Idee einer Öl-Deckung für den Dollar zu suchen. Entscheidend ist vielmehr zu erkennen, dass ab Mitte der 2000er Jahre mit dem oben beschriebenen Anstieg des Ölpreises das implizite Versprechen des Petrodollar-Systems zusammenzubrechen begann. Dieser Zusammenbruch hat sich seither fortgesetzt.

## China will Yuan für Öl drucken – die USA willigen ungewollt ein

Eines der Länder, das die sinkende Verlässlichkeit des US-Dollars früh bemerkte, ist China. Nur wenige Tage nach der Ankündigung der größten Gelddruckaktion in der Geschichte durch den Fed-Vorsitzenden Ben Bernanke im März 2009 veröffentlichte der Chef der chinesischen Zentralbank ein Dokument mit dem kühnen Titel "Reform des internationalen Währungssystems", in dem er als Ersatz für das US-Dollar-zentrierte System ein neutrales Reserve-Asset forderte.

In den darauffolgenden Jahren machte China als größter Ölimporteur der Welt seinen Wunsch deutlich, Öl in seiner eigenen Währung kaufen zu können. Außerdem reduzierte China seine Käufe von US-Staatsanleihen und erwarb in rasantem Tempo Gold – beides klare Misstrauensbekundungen gegenüber dem US-Dollar.

Viele interpretieren diese Schritte mit übertrieben geopolitischen Begriffen als den Wunsch Pekings, seine Muskeln spielen zu lassen und die von den USA geführte unipolare Welt zu seinem eigenen Vorteil zu untergraben. Es ist jedoch wichtig zu verstehen, dass es für die Chinesen, die wenig in Öl und langfristig in US-Staatsanleihen investiert haben, um eine Frage der nationalen Sicherheit geht. Für China ist es keine Lösung, sich beim Kauf des wichtigsten Rohstoffs der modernen Wirtschaft – dessen Preis insgesamt nach oben tendiert – auf eine Währung zu verlassen, die von Tag zu Tag schwächer wird und von einem zunehmend aggressiven, schwächelnden Hegemon kontrolliert wird.

Im Bestreben, seine Währung für den Handel auf dem Weltmarkt attraktiv zu machen, führte China 2018 Ölkontrakte ein, die in Yuan abgerechnet werden. Auch wenn dies zunächst keine großen Auswirkungen auf die Dominanz des US-Dollars auf dem Ölmarkt hatte, zeigte es doch die Richtung, in die Peking steuerte. Den Ausschlag gab jedoch der Konflikt in der Ukraine – oder besser gesagt, Washingtons maßlose Reaktion darauf. Und hier kommen wir an den Punkt, an dem ein tiefgreifender wirtschaftlicher Trend und ein geopolitischer Krisenherd zusammentreffen.

Da Moskau durch die Sanktionen in der Vermarktung seines Öls eingeschränkt war, erhöhte China seine Käufe von russischem Rohöl zu günstigeren Preisen erheblich, wobei die Abwicklung in Yuan erfolgt. Der legendäre Analyst Zoltan Pozsar bezeichnete diese Entwicklung treffend als "Abenddämmerung für den Petrodollar ... und Morgenröte für den Petroyuan".

Aber das geht über China hinaus. Die BRICS-Gruppe als Ganzes zielt darauf ab, den Handel in ihren jeweiligen Landeswährungen zu steigern, was angesichts der willkürlichen und übergriffigen Sekundärsanktionen in Washington an Dringlichkeit gewonnen hat. Indien ist als drittgrößter Ölimporteur und -verbraucher der Welt seit 2022 zum größten Abnehmer von russischem Rohöl auf dem Seeweg geworden und bezahlt für russisches Rohöl in Rupien, Dirham und Yuan. Mit der Konsolidierung der BRICS-Gruppe und dem Entstehen neuer Finanzinfrastrukturen und Handelsnetze wird der Ölhandel jenseits des US-Dollar nur noch zunehmen.

Im Januar 2023 erklärte Saudi-Arabien sogar öffentlich, es sei bereit, sein Öl in anderen Währungen als dem US-Dollar zu verkaufen. Das war das erste öffentliche Eingeständnis dessen, worüber seit Jahren bereits spekuliert wurde. Im November desselben Jahres vereinbarte das Königreich ein Währungstausch-Rahmen mit China, was als eindeutiger Indikator für Pläne gilt, in Zukunft Geschäfte in Landeswährung abzuwickeln.

Die Petrodollar-Vereinbarung war für die Saudis sehr vorteilhaft, so dass sie in der Vergangenheit keine große Bereitschaft zeigten, sie aufzugeben. Zweifellos trägt dazu auch eine gewisse Unentschlossenheit bei, mit den Amerikanern zu brechen. Für die Führung von Ölförderländern geht es in der Regel nicht gut aus, wenn sie nicht mehr nach den Wünschen der USA handeln. Doch

die Zeiten ändern sich, und in Riad scheint man das genau zu spüren.

## **Washington will alle Vorteile für sich, aber keine Verantwortung für andere**

Wir haben uns bereits an die Verbreitung von ungedeckten Währungen gewöhnt, daher fällt es uns schwer zu begreifen, wie ungewöhnlich das Petrodollar-Abkommen damals für eine Welt war, die seit langem an eine Art von Goldstandard gewöhnt war. Es ist eine Sache, wenn irgendeine Regierung darauf besteht, dass ihre Währung innerhalb ihrer eigenen Grenzen akzeptiert wird. Aber einem anderen Land vorzuschlagen, sich von realen Rohstoffen – wie Öl – für Geld zu trennen, das durch absolut nichts gedeckt ist, wäre in früheren Zeiten schwer zu vermitteln gewesen. Doch den USA ist das – und noch mehr – eine Zeit lang gelungen.

Und doch hätte allein auf der Grundlage militärischer Macht und dank Hinterzimmer-Deals diplomatischer Verschwörungen ein solches Abkommen niemals so lange Bestand gehabt – länger als das goldgestützte Bretton Woods.

In Washington, D.C. agierte man zwar schon immer mit einem gewissen Gefühl der Straffreiheit, weil man glaubte, es gäbe keine praktikable Alternative zum US-Dollar, doch in der mehrere Jahrzehnte währenden goldenen Ära des Petrodollars gab es zumindest eine wirtschaftliche Rechtfertigung dafür. Der US-Dollar funktionierte für den Rest der Welt so gut, dass sich bis vor kurzem kein größerer Block gegen ihn stellte. Und der lange Schatten von Paul Volcker verlieh dem noch Glaubwürdigkeit.

Doch genauso wie die USA ab 1971 ihrer Verpflichtung zur Konvertierung von Dollar in Gold nicht mehr nachkommen wollten, gaben sie später ihre indirekte Verpflichtung auf, den Wert ihres Dollars im Verhältnis zum Öl zu stützen. Und seitdem zeigt man in Washington nicht mehr den geringsten Anschein von finanzpolitischer Zurückhaltung und auch nicht mehr den Anschein, den US-Dollar zum Wohle aller zu verwalten. Stattdessen setzt man nun den US-Dollar als Waffe ein, um in einem verzweifelten Versuch die selbst in Gang gesetzten Ereignisse rückgängig zu machen, mit denen man die Integrität der Währung nicht bewahrt hat.

Nun kämpfen die USA darum, alle Vorteile dieses gescheiterten Systems zu erhalten, obwohl sie weder dafür gerüstet noch willens sind, diese Verantwortung noch länger zu übernehmen. Wenn der US-Dollar nicht an Gold gekoppelt und nicht einmal implizit durch Öl gedeckt ist und Washington nicht gewillt ist, seine Integrität zu bewahren, wird er kaum geeignet sein, den Handel mit wichtigen Ressourcen zu erleichtern. Ein so tief verwurzeltes System wie der Petrodollar wird nicht über Nacht verschwinden. Aber wenn sein wirtschaftliches Fundament erst einmal erodiert ist, lässt es sich nur noch eine gewisse Zeit lang durch Getöse und mit Täuschungsmanövern aufrechterhalten.

\* \* \*

## **"Mögliche Revolution": Militärs diskutieren die größte Neuerung im Zuge der Militäroperation**

<https://dert.online/international/210582-moegliche-revolution-militaers-diskutieren-ueber/>

27.06.2024

**Der Einsatz von Drohnen im Ukraine-Konflikt hat die Vorstellung von Kampfhandlungen verändert. Das Konzept des Kriegsnebels ist verschwunden, und viele Ideen, die noch vor fünf Jahren als modern galten, haben ihre Aktualität verloren. Wie lange wird sich die neue Realität halten?**

*Von Dawid Narmanija*

## **Eine Million Stück**

Das erste Anzeichen, das eine Indiz dafür gab, in welche Richtung sich die Ingenieurskunst entwickelt, war die Popularität der türkischen Drohnen vom Typ Bayraktar. Lange vor Javelin-Panzerabwehrraketen und HIMARS-Mehrfachraketenwerfern wurden sie zu "Wunderwaffen" verklärt, die Russland besiegen könnten.

Doch das trat nicht ein. Die Effektivität der Bayraktar-Drohnen verblasste nach wenigen Monaten, als sie sich komplett schutzlos gegenüber der russischen Luftabwehr erwiesen. Schon im Frühling 2023 berichteten westliche Medien, dass Kiew fast alle Drohnen dieses Typs verloren habe. Doch es war ein Anfang.

Die Bayraktars zeigten, dass große teure Drohnen – ob sie für Aufklärung oder für Angriffe eingesetzt werden – wegen ihrer Wärme- und Radiosignaturen eine leichte Beute für eine gestaffelte Luftabwehr sind. Ihre hohen Kosten ließen indessen keinerlei massenhaften Einsatz zu, der die Verteidigung hätte überlasten können. Nun schlug die Stunde der billigeren und unauffälligeren Geräte.

Gewöhnliche kommerzielle Quadrocopter brachten die Luftaufklärung auf ein ganz neues Niveau. Offiziere erhielten die Möglichkeit, das Schlachtfeld im Online-Modus zu beobachten, und Bewegungen in Gebieten, die früher als tiefes Hinterland galten, wurden nunmehr buchstäblich vor den Augen des Gegners ausgeführt.

Dieser Trend fordert in der Perspektive die Satellitenaufklärung, zumindest in frontnahen Gebieten, heraus. Bei weitem nicht jedes Land ist in der Lage, einen Aufklärungssatelliten in den Orbit zu bringen, der dazu auch noch nur bei wolkenlosem Wetter nützlich ist. Eine Gruppe von Quadrocoptern abzuschließen ist indessen nicht nur für einen ganzen Staat, sondern auch für kleine paramilitärische Verbände möglich.

FPV-Drohnen kamen in Mode. Ihre "First-Person"-Steuerung ermöglicht es, schwach geschützte Stellen von Panzern anzugreifen – das Heck, das Turmdach oder den Motorraum. Das setzte mobilen Verbänden und überhaupt den traditionellen Vorstellungen vom Bewegungskrieg ein Ende. Dabei ist das Risiko für den Drohnenpiloten minimal.

Aus der Notwendigkeit heraus, sich vor solchen "Vögelchen" zu schützen, wurde eine weitere Branche des militärischen Ingenieurwesens geboren. Soziale Netzwerke sind voll von Videos mit russischen "Zarengrills" – Panzern mit aufgeschweißten metallischen Netzen, die den Großteil der Explosion absorbieren.

Im Hinblick auf das "Preis-Leistungs-Verhältnis" übertrafen die FPV-Drohnen andere Waffengattungen bei weitem. Und die Drohnen sind fast schon die einzige Waffenart der ukrainischen Streitkräfte, bei der sie nach Expertenangaben der russischen Armee zumindest nicht nachstehen. Kiew verkündete im Dezember des vergangenen Jahres die Absicht, im Jahr 2024 eine Million Drohnen herzustellen. Zwei Monate später nahm eine "Drohnenkoalition" ihre Arbeit auf, der sich etwa 20 Geldgeberstaaten des Kiewer Regimes anschlossen. Dazu gehören Großbritannien, die Niederlande, Deutschland, Schweden und die baltischen Staaten.

Darüber hinaus beschloss Kiew eine separate Truppengattung aufzustellen – die Kräfte der unbemannten Systeme. Entlang der Frontlinie ziehen Gruppen von Drohnenpiloten umher.

## Eine Überspezialisierung?

Die USA reagierten umgehend. Im Mai wurde dem Kongress ein Gesetzentwurf über die Aufstellung eines Korps der unbemannten Luftfahrt bei den US-Streitkräften vorgelegt. Die Rede ist von Drohnen mit einer Masse von weniger als 300 Kilogramm. Größere Maschinen sollen der Luftwaffe unterstellt werden.

"Berücksichtigt man die sich rapide ändernde Art der Kriegsführung, reichen kleine Sonderverbände und Experimente auf der Ebene einzelner Einheiten nicht mehr aus. Die Armee benötigt ein professionelles Drohnenkorps als einen Teil der Truppengattung für unbemannte Systeme", schrieb der Oberstleutnant Robert Solano in einem Artikel für die Zeitschrift *Breaking Defense*.

Doch diese Herangehensweise hat auch Gegner. Insbesondere hält der stellvertretende US-Heeresminister Gabe Camarillo die Einstufung von Drohnen als eigene Waffengattung für übereilt.

"Alle Truppengattungen müssen auf diversen Ebenen, angefangen vom Trupp, über eigene Drohnen und Mittel zu deren Bekämpfung verfügen. Es lohnt sich nicht, eine separate Struktur aufzubauen. Man sollte mit unterschiedlichen Elementen von unterschiedlichen Verbänden ständig experimentieren, sie kombinieren, um zu verstehen, wie diese Waffe am effektivsten einzusetzen ist", sagt er.

Bidens Administration stimmte dieser Ansicht zu. Begründet wurde dies mit dem Argument, dass das Drohnenkorps sich als zu eng spezialisiert und "nicht flexibel genug" erweisen werde, meldet das Portal *Defense Scoop*.

Anders formuliert, stießen die Regierungen auf ein Dilemma: Einerseits wäre eine zentralisierte Analyse der gesammelten Erfahrungen und eine Erleichterung der bürokratischen Bürde möglich. Andererseits wird es für Drohnenpiloten schwieriger, sich an die Aufgaben anderer Verbände anzupassen.

## Die Drohnenskeptiker

Bei weitem nicht alle teilen im Westen den Enthusiasmus über diese "Revolution auf dem Schlachtfeld".

"Die Vorherrschaft von kleinen primitiven Drohnen, die wir jetzt beobachten, ist nur eine kurzzeitige Episode. Heute ist das Schwert, als welches die Drohnen fungieren, stärker als der Schild. Doch der Schild wird verbessert werden", zitiert die Zeitung *Defense News* den Stabschef des französischen Heeres, Pierre Schill.

Dabei sorgen nach seinen Angaben die FPV-Drohnen im Ukraine-Konflikt für etwa 80 Prozent der getroffenen Ziele, während es vor zwei Jahren noch null Prozent waren. Doch früher oder später werde sich die Lage ändern, weswegen Frankreichs Entscheidung für eine manövrierfähige Armee mit mittleren Panzerfahrzeugen immer noch in Kraft sei.

FPV-Drohnen könnten nicht mit Artilleriegeschossen verglichen werden, fügte Schill hinzu. Zudem veralteten die Quadrocopter sehr schnell: Die Technik und die Arbeitsfrequenzen würden alle paar Monate erneuert. Granaten könnten dagegen jahrzehntelang gelagert werden.

In jedem Fall haben die Drohnen die Vorstellungen von einem modernen Krieg radikal beeinflusst. Der Ukraine-Konflikt wurde für sie zu einem echten Siegeszug. Der Wettbewerb zwischen

Drohnenherstellern und -Entwicklern wird voraussichtlich den Ausgang dieses Krieges in vielerlei Hinsicht beeinflussen.

*Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 27. Juni bei RIA Nowosti.*

\* \* \*

## Meinung

### Ein Tweet von Göring-Eckardt entlarvt grünen Rassismus

<https://dert.online/meinung/209811-tweet-von-goering-eckardt-entlarvt/>

21.06.2024

**Katrin Göring-Eckardt hat mit einem Tweet auf ein Problem ihrer Partei aufmerksam gemacht. Die Grünen denken in rassistischen Kategorien und bedienen sich rassistischer Klischees in der Argumentation, wenn es um die Durchsetzung ihrer Agenda geht. An Antirassismus haben sie kein Interesse.**

*Von Gert Ewen Ungar*

Jetzt haben es auch jene gemerkt, die es bisher nicht wahrhaben wollten. Die Grünen sind Rassisten. Für aufmerksame Beobachter der politischen Diskussion in Deutschland ist das keine wirklich neue Erkenntnis. Für diejenigen, die der Eigenwerbung der Grünen glauben, dagegen schon. Die Grünen preisen sich als liberal, offen und tolerant.

Auch Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, bis 2021 Vorsitzende ihrer Partei, denkt in rassistischen Kategorien. Ein verunglückter Tweet brachte es an den Tag. "Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler", schrieb sie nach dem Sieg der deutschen Nationalelf gegen Ungarn bei der Europameisterschaft. Inzwischen ist der Tweet gelöscht, Göring-Eckardt hat sich entschuldigt. Man könnte die Sache auf sich beruhen lassen, allerdings verdeutlicht das Geschehen etwas Grundlegendes: Die Grünen haben ein tief sitzendes Rassismusproblem.

Der Hinweis darauf, dass es sich um positive Diskriminierung handelt, weil Göring-Eckardt darauf hinweisen wollte, dass die nicht-deutschen Spieler eine Bereicherung für die Mannschaft seien, ändert nichts an dem Problem. Göring-Eckardts Kategorien des Denkens sind rassistisch.

Natürlich hört man unmittelbar die Einwände: die Grünen? Die Partei, die offen ist für Zuwanderung, die sich für Antidiskriminierung einsetzt, wie keine andere Partei? Die Partei der politischen Korrektheit, die auf diskriminierungsfreie Sprache bei sich und vor allem beim Gegenüber achtet? Ja, genau die.

Was Göring-Eckardts Entgleisung zeigt, ist, wie wenig habituell Antirassismus bei ihr verwurzelt ist. Hautfarbe und Herkunft sind wichtig. An ihnen wird für Göring-Eckardt der Wert und die Wertigkeit des jeweiligen Menschen sichtbar.

Es geht aber noch weiter. Der Antirassismus ist bei den Grünen nicht nur nicht habituell, er ist vor allem nicht universal. Es gibt natürlich ethnische Gruppen, gegenüber denen die Grünen als Partei offen diskriminierenden Rassismus pflegen: Russen zum Beispiel.

Wer die Diskussion zwischen Katrin Göring-Eckardt und Sahra Wagenknecht bei *Maischberger* im April verfolgt hat, der kennt Göring-Eckardts Russenbild. Der Russe ist heimtückisch, er lügt, sein Wort zählt nichts, er vergewaltigt, brandschatzt und er entführt kleine Kinder. Vor allem ist er für Argumente und Vernunft nicht zugänglich, weswegen Gespräche und Verhandlungen mit dem Russen gar nichts bringen. Man muss ihn Härte spüren lassen, das ist die einzige Sprache, die er versteht. Hört man Göring-Eckardt zu, fühlt man sich um 80 Jahre zurückversetzt. Vor allem die Grünen haben nichts aus der Geschichte gelernt.

Falls jemand ein Beispiel für reinen Rassismus gegenüber Slawen braucht, Göring-Eckardt hat bei *Maischberger* eines vorgeführt. Dabei ist Göring-Eckardt mit diesem spezifischen, gegen Russen gerichteten Rassismus in ihrer Partei keineswegs allein. Russophobie und Slawenhass wird bei den Grünen offen gepflegt. Die Scheinargumente, zu denen Grüne greifen und begründen, warum mehr Waffen und weniger Diplomatie im Ukraine-Konflikt gebraucht werden, wurzeln alle in dieser spezifischen Form des Rassismus, der sich an die Lehre vom Untermenschen anlehnt. Sie sind zudem bereit, die Ukrainer bis zum letzten Mann zu opfern. Sie verdienen in den Augen der grünen Bubble keinen Frieden und sollen nicht leben. Sie sollen die liberalen Werte verteidigen.

Auch die deutsche Außenministerin schreckt vor der Instrumentalisierung rassistischer Klischees nicht zurück. Aktuell sieht sie sich dem Vorwurf der Lüge ausgesetzt. Baerbock hat behauptet, bei ihrem Besuch in Israel sei ihr Videomaterial gezeigt worden, aus dem hervorgeht, dass Hamas-Kämpfer eine Frau vor laufender Kamera vergewaltigt haben. Nun haben aber weder der israelische Geheimdienst noch das israelische Militär oder die zuständige UN-Mission Kenntnis von derartigen Aufnahmen Kenntnis.

Der Verdacht ist eindeutig: Baerbock bedient sich zur Propaganda eines rassistischen Klischees: der wilde Muselmane, der seinen Sexualtrieb nicht unter Kontrolle hat und dem die Erniedrigung von Frauen reiner Genuss ist. Er braucht westliche Domestizierung.

Ja, die Grünen sind eine Partei, in der ein typisch deutscher Rassismus offen und ohne großen gesellschaftlichen Widerspruch gelebt wird, denn er passt in die Zeit. Er passt aber vor allem zur politischen Agenda der Grünen.

Gegenüber Gruppen und Völkern, die sich den imperialistischen Allmachtsfantasien eines grün angepinselten westlichen Imperialismus widersetzen, zücken die Grünen die rassistische Karte. Der Tweet Göring-Eckardts ist kein Ausrutscher, es ist kein Versehen – er verweist auf ein signifikant grünes Problem.

Die Grünen behaupten, sie seien Antirassisten. Das Gegenteil ist der Fall, denn sie instrumentalisieren Rassismus für ihre politischen Zwecke. Rassistische Kategorien, die widerwärtigsten Klischees sind tief in der Partei verankert. Als Gräuelpopaganda werden sie benutzt, um Krieg und Waffenlieferungen zu legitimieren. In Form von positiver Diskriminierung werden sie benutzt, um Sprechverbote zu erteilen und gegen Andersdenkende zu hetzen. Die Grünen tragen zur Überwindung von Rassismus nichts bei, denn sie haben Rassismus zu ihrem wichtigsten politischen Argument gemacht. Seine Verwendung macht sie genau zu jenen aus der Zivilisation gefallenen Barbaren, die sie gern in anderen ethnischen Gruppen, in politisch Andersdenkenden und in anderen Völkern identifizieren.

\* \* \*

## **Die Causa Kimmich: Über Verdrängung bei den Tätern und sich wegduckende Medien**

<https://dert.online/meinung/209874-causa-kimmich-ueber-verdraengte-taeter/>

22.06.2024

**Der Ausschnitt einer ZDF-Dokumentation bewegt. Zu sehen ist ein sensibler junger Mann, seelisch verletzt, weil er sich medizinischen Vorgaben widersetzte. Der Fußballprofi Joshua Kimmich schildert sein "Corona-Impf-Martyrium". Die Medien reagieren professionell und emotionslos.**

Von Bernhard Loyen

"Grandios" nennt das regierungstreue Magazin *Der Spiegel* die jüngste ZDF-Dokumentation, die "intime Einblicke in das Leben von Bayern-Profi Joshua Kimmich" gebe. Unter anderem wird auch darüber berichtet, "wie er an der Diskussion übers Impfen litt". Das Machwerk "birgt für den FC Bayern Sprengkraft", weiß der *Spiegel*-Autor. Nur für den Fußballverein? Das Magazin titelte über den sensiblen Sportler am 25. Oktober 2021: "Ungeimpfter Bayern-Profi Kimmich – Aus der Vorbildrolle gefallen". Ist er dabei eigenständig gefallen oder wurde er gedrängt, geschubst und genötigt?

Wie erlebte Kimmich diese massiven verbalen Blutgrätschen, das unsportliche Nachtreten ob seiner subjektiven Wahrnehmung zum Thema einer neuartigen mRNA-Versuchsreihe an Millionen von Bürgern? Ein *Bild*-Redakteur schreibt: "Kimmich kommen die Tränen, als es um seine Impfung geht". Das *Zeit-Magazin* erklärt seinen Lesern:

*"Kimmich gibt tiefe Einblicke in Doku: 'Das ist brutal'."*

Ja, brutal trifft es. Der Umgang mit Kimmich war auf allen gesellschaftlichen Ebenen gnadenlos, unmenschlich, auch im Rückblick unverzeihlich. Ein *Zeit*-Zitat aus der ZDF-Dokumentation lautet, im Rahmen einer schlichten Zusammenfassung einer DPA-Meldung:

*"'Wenn du selbst Freunde hast, die einem sagen: Wenn man sich hätte impfen lassen, wären weniger ...', sagt Kimmich mit stockender Stimme und führte fort: 'Also ein Kumpel sagt mir, dass weniger Menschen gestorben wären, wenn ich mich hätte impfen lassen. Das ist brutal. Wenn du da keine Familie hast, dann kannst du zerbrechen'."*

Es ist ein Zeitdokument, welches Menschen, Opfer, erneut sehr schmerzhaft daran erinnert, wie ehemals vertraute Mitbürger über Monate und Jahre vormalige Geliebte, Freunde, Verwandte, Kollegen, Nachbarn gesellschaftlich bewusst auf bis dato nur aus Geschichtsbüchern kolportierte Weise ächteten. Verletzten, kaputt machten. Wie das Leben auf nur allen erdenklichen Ebenen gnadenlos zur Hölle gemacht wurde. Ich habe, nachdem ich die Dokumentation gesehen hatte, Bekannten geschrieben, dass sie wieder einmal jucke, diese seelische Narbe unter der ledernden "Corona-Schutzhaut", die sich Abermillionen zulegten, zulegen mussten.

Den tragenden Stützen einer menschenverachtenden rigiden Regierungspolitik, dem so weit namentlich bekannten Großteil der Film-, Funk- und Print-Mainstreammedien, ist die ZDF-Kimmich-Story, sein öffentliches Leiden, eine kleine, vorgefertigte DPA-Meldung wert. Manchen etwas mehr. Sie wissen um ihre Mitschuld, einen selbstbewussten jungen Mann so lange durch das mediale Dorf getrieben zu haben, bis er wie eingefordert endlich einknickte. Gehorchte. Erfolgte ein Wort der Entschuldigung, bis heute? Fehlanzeige.

So konnte der unbarmherzige CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst kurze Zeit später im November 2021 einem *Bild*-Redakteur vollkommen selbstverständlich diktieren:

*"2G für Profifußballer wird kommen. Fußballer werden gut bezahlt, sind Vorbilder auch für junge Menschen, das ist der entscheidende Punkt. Und dann müssen sie sich auch benehmen wie Vorbilder."*

Eine von mir im Vorjahr zusammengestellte Videodokumentation trägt den Titel: "Teil 5: Wissenschaft und Medien - Partners in Crime". Es sollen mahnende, erinnernde Collagen sein, die gesichert spiegeln, mit welcher Skrupellosigkeit, zum Beispiel im Fall des Joshua Kimmich,

"prominente" und unbekannte Protagonisten bewusst psychisch und physisch wüteten:

[Videos]

Wären da noch die anderen "unfairen" Kandidaten, Verbalpistoleros und eigenständigen Täter. "Wo bleibt die Solidarität? Das verheerende Missverständnis des Joshua Kimmich", behauptet ein *n-tv*-Autor am 24. Oktober 2021. Beim Ex-Bayern Star Paul Breitner mutierte der Solidargedanke in der Corona-Krise zur verbalen Peitsche. Auch er gnadenlos zu Kimmich, neben der unfassbaren 1G-Regel bei seiner Tätigkeit an der Münchner Tafel. Breitner wörtlich in einer Sendung des *BR* Ende Oktober 2021:

*"Ich brauche mit niemandem darüber zu diskutieren, ob er sich impfen lassen soll oder nicht. Für mich gibt es nur die Richtung, sich impfen zu lassen. Und da geht es nicht um eine Vorbildfunktion, sondern es geht um den Einzelnen. Wenn er sich dagegen entscheidet, dann habe ich null Verständnis dafür. Er hätte bei mir nicht einmal mit uns trainiert. Denen hätte ich gesagt: Leute, auf Wiederschauen! Da hinten, da könnt ihr den Berg rauf- und runterlaufen, aber hier nicht. Das geht nicht!"*

Breitners subjektive Wahrnehmung wurde schlicht von der Gesellschaft mehrheitlich abgenickt. Die sehr unangenehme Alena Buyx, sogenannte "Chef-Ethikerin", behauptete einfach mal vor und in der Kimmich-Phase, "es gibt eine moralische Pflicht für uns alle, uns impfen zu lassen". Wörtlich: "Jede Dosis muss in einen Arm".

Die kichernde Medien-Virologin der Stunde, Melanie Brinkmann, war sich ebenfalls nicht zu blöd, folgende wörtliche Anmaßung zu formulieren:

*"Er kann gerne mal anrufen und wir können über Impfnebenwirkungen sprechen. Die wichtige Botschaft ist, dass Millionen von Menschen, Milliarden, bereits geimpft wurden und wir (sic!) keine Spätfolgen der Impfung beobachtet haben, die wirklich viele Monate später noch auftritt. Das Sicherheitsprofil dieser Impfstoffe ist fantastisch. Ich bin auch gerne dabei, wenn er sich impfen lässt, wenn er eine Hand braucht, während er geimpft wird."*

Die Menschen, die weiterhin unbekannte hohe Zahl von Opfern im Land, die allen genannten ungelerten Pharmaprofis im guten Glauben vertrauten, können in ihrem stillen Leiden nun nicht auf auch nur eine helfende Hand dieser Täter hoffen. Bei Kimmich ist es bis dato gut gegangen, nach Erhalt der sogenannten "COVID-Impfung". Finanziell jetzt schon ausgesorgt, wird er seinen weiteren Lebensweg meistern. Die Schule des Lebens hat ihm erste harte Kapitel präsentiert, die er mit seelischen Narben so weit gemeistert hat.

Alle prominenten und dokumentierten Täter wie auch die Millionen von unbekanntem Mitläufern werden ihr Dasein unbekümmert fortsetzen. Die Tränen des Joshua Kimmich haben nun erneut einen medialen Wert, keinen für die wahren Opfer einer – durch die RKI-Files bestätigten – mehrheitlich politisch initiierten medizinischen Ausnahmesituation.

Die weitere und fortgeführte Offenlegung individueller Verbrechen, Schuld und daraus resultierenden juristischen Verantwortlichkeiten darf nicht enden. Ein Anfang ist gemacht, der Widerstand, die Blockadehaltung samt manipulativer Verhinderungen von "Corona-Ausschüssen" dabei immens und wenig überraschend.

"Die Zeit heilt alle Wunden", heißt es bekannterweise lapidar formuliert, jedoch nicht die zum Teil massiven Auswirkungen lebens einschränkender bis lebensbedrohlicher Nebenwirkungen eines fahrlässig auf den Menschenmarkt geworfenen Versuchsprodukts einer skrupellosen Polit-Pharma-

Mafia.

\* \* \*

## **Die russische Superbombe und die bizarre Berichterstattung deutscher Medien**

<https://dert.online/meinung/209949-russische-superbombe-und-bizarre-berichterstattung/>

22.06.2024

**Der Einsatz einer drei Tonnen schweren Lenkgleitbombe durch das russische Militär im Gebiet Charkow ist ein Schock für die ukrainische Armee. Dabei soll es dieser doch laut deutschen Medien gelungen sein, die Region vor dem Einsatz solcher Bomben zu schützen. Und nun behaupten Medien, die Russen würden diese Bomben aus Versehen auf ihre eigenen Städte abwerfen.**

*Von Achim Detjen*

Russland soll im Ukraine-Konflikt erstmals eine FAB-3000-Lenkgleitbombe eingesetzt haben. Sie zählt zu den schwersten konventionellen Bomben, wiegt, wie der Name bereits verrät, insgesamt drei Tonnen und verfügt über einen Sprengkopf von 1,2 Tonnen.

Das russische Militär soll das Schwergewicht über dem Dorf Lipzy im Gebiet Charkow abgeworfen haben. Die größten bislang von Russland in dem Konflikt eingesetzten Lenkgleitbomben waren vom Typ FAB-1500.

Diese mit einem nachträglich installierten Steuerungsmodul ausgestatteten Bomben, von denen Russland zigtausende in seinen Arsenalen hat, werden von Flugzeugen aus einer so großen Entfernung abgeworfen, dass sie von der ukrainischen Luftabwehr unerreichbar sind – und sie treffen präzise ihr Ziel.

Der irische Journalist Chay Bowes kommentierte im sozialen Netzwerk X den ersten Einsatz einer solchen FAB-3000-Bombe in einem Kampfgebiet in der Ukraine mit den Worten, dies sei "eine sehr schlechte Nachricht für die ukrainischen Truppen".

Dabei hätte diese Nachricht eigentlich nicht das Licht der Welt erblicken dürfen, wenn man etwa Experten wie Dr. Christian Mölling und Dr. András Rácz Glauben schenkt, die beide für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) tätig sind in den Fachgebieten Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Sie hatten vor zwei Wochen gemeinsam einen Artikel für *ZDF heute* verfasst, in dem sie behaupteten, dass die vom Westen erteilte Freigabe an die Ukraine, die gelieferten Waffen gegen russisches Territorium einzusetzen, ihre Wirkung entfaltet hätte:

"In der Zwischenzeit konnte aber das Hauptziel der Genehmigung, nämlich der Schutz von Charkow vor den verheerenden russischen Gleitbombenangriffen, immer noch erreicht werden. Denn die russischen Bomber wurden einfach zurückgedrängt, sodass sie die Stadt aufgrund der begrenzten Reichweite der Gleitbomben nicht mehr erreichen konnten", behaupteten die beiden Experten.

Die Aufnahme straft sie Lügen. Dafür meldete sich am Freitag der deutsche Militär- und Sicherheitsexperte Nico Lange auf der Plattform X zu Wort, um angesichts des Einsatzes der FAB-3000-Bombe den Westen aufzufordern, die Ukraine stärker militärisch zu unterstützen: "Russland

warf eine 3-Tonnen (!) Gleitbombe FAB-3000 auf ein Dorf in der ukrainischen Region Charkiw ab. Die Ukraine braucht moderne Luftverteidigung und F-16 mit Luft-Luft-Raketen, um diesen Wahnsinn zu stoppen."

Dabei soll es doch die von Lange geforderte "moderne Luftverteidigung" gewesen sein, die laut den DGAP-Experten die "Kampffjets [vertreibt], die Gleitbomben abwerfen". Offenbar sind die westlichen Waffensysteme doch nicht so effektiv, wie von diesen Experten behauptet.

Und wenn man in diesem Zusammenhang dem Publikum schon keine Jubelmeldungen über westliche Waffen liefern kann, dann müssen Schauergeschichten über die Ineffektivität russischer Waffen herhalten. Und dabei kommen dann über die russischen Lenkgleitbomben Schlagzeilen raus wie diese: "Russische Bomben treffen Ziele im eigenen Land" (*Pro7 Newstime*), oder auch: "Fehlschlag an Ukraine-Front: Russland feuert immer mehr Bomben auf eigenes Gebiet ab" (*Frankfurter Rundschau*).

So heißt es in den Berichten, im russischen Grenzgebiet Belgorod seien über 100 FAB-Bomben eingeschlagen, da diese "unzuverlässig" und "fehlerhaft" seien, und deshalb komme "es auch zu Einschlägen in Russland". Wobei die Präzision dieser Bomben "für das russische Militär aber ein untergeordnetes Problem" sei, da ihre Sprengkraft so groß sei, dass sie auch die gewünschte Zerstörungskraft entfalteteten, ohne genau ihr Ziel zu treffen.

Und so behaupten deutsche Medien nun, dass es nicht die ukrainischen Streitkräfte sind, die etwa die Wohngebiete der Stadt Belgorod regelmäßig unter Beschuss nehmen, sondern dass die Zerstörungen dort Folge der "eigenen" russischen Bomben sind – weil diese offenbar so unpräzise sind, dass sie sich selbst in eine Stadt verirren, die rund 40 Kilometer von der Grenze zur Ukraine entfernt liegt.

So kamen Mitte Mai bei dem ukrainischen Beschuss eines Wohnblocks sieben Zivilisten ums Leben. Laut der *Frankfurter Rundschau* war es jedoch eine russische Bombe. Denn das habe die *Kyiv Post* "verifiziert".

Den Redakteuren bei den Mainstreammedien und den ihnen zuarbeitenden "Experten" ist offenbar keine Fantasiegeschichte zu abstrus, um sie nicht dem deutschen Publikum unterjubeln zu wollen. Und was die Präzision russischer Lenkgleitbomben betrifft: Folgendes Video liefert ein Beispiel dafür, wie es um diese bestellt ist – vier FAB-Bomben treffen zielgenau einen Schützengraben.

\* \* \*

## **Die EM und die Bahn: Zuverlässig in ihrer Unzuverlässigkeit**

<https://dert.online/meinung/209871-em-und-bahn-zuverlaessig-in/>

23.06.2024

**Die Fußball-Europameisterschaft hat gerade erst angefangen. Und international wundert man sich über das Organisationschaos im Land. Von der deutschen Gründlichkeit ist besonders bei der Deutschen Bahn nicht mehr viel übrig geblieben.**

*Von Tom J. Wellbrock*

In *The Athletic*, die zur *New York Times* gehört, war ein Artikel über Deutschland als Organisator der Fußball-Europameisterschaft (EM) zu lesen. Der Text trug den Titel "EM 2024 und deutsche Effizienz: Vergessen Sie alles, was Sie zu wissen glaubten", und der Autor musste sein Bild über Deutschland und dessen Bahn erheblich korrigieren.

## **Effizienz. Zuverlässigkeit. Funktionalität. Oder auch nicht.**

Üblicherweise läuft es laut Artikel so:

*"Die Anreise vom Stadtzentrum ist normalerweise recht einfach: Man bringt die Fans mit der U-Bahn Richtung Norden zur Haltestelle Fröttmaning, die zehn Gehminuten vom Stadion entfernt ist. Bei großen Spielen kann es voll werden. Aber außerhalb des Stadions, bei Bundesliga- und Champions-League-Spielen, funktioniert alles recht gut und die Fans finden die Bereiche, die sie brauchen."*

*Also alles im grünen Bereich, sozusagen. Doch bei der EM wurden offenbar neue Regeln aufgestellt, und die grenzen an Anarchie, wie der Autor feststellt:*

*"Am Freitagabend hätte es nicht unterschiedlicher sein können. Der Verkehr auf der Strecke, die von München nach Fröttmaning führt, kam zum Stillstand. Die Züge hielten lange an Bahnsteigen und in Tunneln und wurden immer voller."*

*Außerhalb der Allianz Arena herrschte Chaos – Szenen, die sich bei anderen Spielen seither wiederholten. Bei Bayern-Spielen sind die Eingänge für die Fans ausgeschildert, je nachdem, wo im Stadion sie sitzen. Am Freitag scheiterte die Zoneneinteilung, und es bildete sich eine riesige Schlange vor dem Stadion. Manche standen stundenlang draußen. Als sie den Anfang der Warteschlange erreichten, blieb vielen Fans nichts anderes übrig, als sich mit Gewalt durch die Menge zu drängen, um zum Eingang zu gelangen. Andere ärgerten sich sehr darüber, dass sie das Geschehen falsch interpretierten, was zu einigen kurzen Aufständen führte."*

Dennoch: Das Geschehen rund um die Spiele ist als vergleichsweise harmlos zu betrachten, und sowohl die ehrenamtlichen Helfer als auch die Fußball-Fans geben sich alle Mühe, die EM so rund wie möglich laufen zu lassen. Ein anderes und viel gravierenderes Problem können sie aber nicht lösen: das der Deutschen Bahn (DB).

## **Die Bahn kommt. Zu spät. Oder gar nicht.**

An Deutschlands Bahnhöfen spielen sich auch im ganz normalen Alltag teils dramatische, teils tiefe Trauer erregende Szenen ab. Die Deutschen haben sich daran gewöhnt, sie kennen es nicht anders. Aber jetzt, da die Logistik der DB auf eine ernsthafte Probe gestellt wird, zeigt sich das Chaos von seiner übelsten und durchaus gefährlichen Seite.

Ein englischer Fan beschrieb eine Szene so:

*"Steve Grant, ein englischer Fan, der die Mannschaft im In- und Ausland verfolgt, fuhr mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Stadion und sagte, die Überfüllung des Bahnhofs sei so 'gefährlich, dass man, wenn man am Rand des Bahnsteigs stand, sein gesamtes Körpergewicht einsetzen musste, um zu verhindern, dass man auf die Gleise gestoßen wird'. Er sagte, es habe 'überhaupt keine Maßnahmen zur Kontrolle der Menschenmenge gegeben'."*

Ein anderer Fan berichtete:

*"Ich konnte nicht glauben, wie voll der Hauptbahnhof war. Als wir die Durchsage zum Bahnsteig unseres Zuges hörten, rannten die Leute in vollem Tempo dorthin – ich kann mir nicht vorstellen, wie es gewesen wäre, Kinder zum Spiel mitzunehmen. Als wir dann am*

*Bahnsteig ankamen, war da kein Zug. Erst nach 2 Uhr morgens kamen wir wieder in Düsseldorf an."*

Ein weiterer englischer Fan, der mit einem Freund angereist war, der im Rollstuhl sitzt, schilderte sein Erlebnis am Bahnhof so:

*"Es war ein richtiges Chaos. Die Züge kamen ohne Ankündigung an verschiedenen Stellen des Bahnsteigs an, sodass Hunderte von Menschen rannten, um sich hineinzuzwängen."*

Die Liste ließe sich fortsetzen. Im Artikel werden die Gründe klar benannt. Die privatisierte und staatlich finanzierte Bahn wird als "kompliziertes Problem ohne offensichtliche Lösung" dargestellt. Das deutsche Schienennetz, das einst, vor langer Zeit, als Vorzeigeprojekt Deutschlands galt, ist zu einem Trauerspiel verkommen.

Allein die Zahlen seit 2020 sind alarmierend. Während damals noch 80 Prozent der deutschen Züge pünktlich waren, brachte es die Bahn 2021 nur noch auf 71 Prozent und 2023 auf unter 60 Prozent, ein Wert, der den von der DB offiziell angestrebten von 70 Prozent deutlich unterschreitet.

Bemerkenswert sind diese Zahlen auch deshalb, weil die Leistungen der Deutschen Bahn im Grundgesetz festgeschrieben sind. Die DB soll eine dem Gemeinwohl dienenden Versorgung garantieren, und zwar sowohl in Sachen Zuverlässigkeit als auch bezüglich der Kosten für die Bürger. Die Ticketpreise steigen jedoch seit Jahren kontinuierlich an, bei stetig sinkender Qualität.

### **Jahrzehntelange Versäumnisse**

Die Bahn selbst gibt sich gelassen und sagt zu den aktuellen Problemen während der EM, man tue "alles, um Fußballfans pünktlich und stressfrei zu ihren Spielen zu bringen". Das Problem: "Alles" ist deutlich zu wenig, und das hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass die Bahn seit Jahrzehnten unterfinanziert ist und lieber im Ausland investiert.

Die Bahn hat auch ein Fachkräfteproblem, denn sie kämpft mit zu wenigen Fahrern für Bahnen, Busse und Lkw. Das führt zu einer unzuverlässigen Taktung. Wie die Personaldecke ist auch das Schienennetz stark geschrumpft. Seit 1994 wurde ca. die Hälfte der Weichen entfernt, was problematisch ist, wenn zwei Züge aneinander vorbeifahren müssen.

Der Autor des Artikels in *The Athletic* zieht folgendes Resümee:

*"Es ist sicherlich nicht schwer zu erkennen, wie sich ein Teufelskreis des Scheiterns entwickelt hat oder warum das Ganze während des aktuellen Turniers so dysfunktional war. Letztendlich ist es ein Problem, das schon Jahrzehnte vor der EM 2024 bestand und noch viele Jahre andauern wird."*

Da hat der Mann recht, doch er äußert auch die Hoffnung, dass irgendwann, in weiter Ferne, alles doch irgendwie besser werden könnte. Denn, so der Autor, die DB plant Investitionen und den Bau neuer Linien und Verbindungen. Das dürften aber nur Absichtsbekundungen sein, die bei der Deutschen Bahn nichts Neues sind. Auf den *NachDenkSeiten* schrieb Ralf Wurzbacher jüngst einen Artikel mit dem Titel "Stillstandsmanagement. Die Deutsche Bahn rauscht mit Karacho vor die Wand." Darin beschreibt er den fortgesetzten Niedergang der Deutschen Bahn.

Dem Fußball und seinen internationalen Fans wäre sicherlich ein Dienst erwiesen, wenn große Sportereignisse vorerst nicht mehr in Deutschland stattfänden. In Sachen Verkehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln wird das jeden Tag ein bisschen ärgerlicher. Und gefährlicher.

*Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebellen.*

\* \* \*

## **Lizenz zum Töten: Kiew nennt getötete und verletzte Zivilisten auf der Krim "zivile Besatzer"**

<https://dert.online/meinung/210142-lizens-zum-toeten-kiew-nennt-getoetete-verletzte-zivilisten-krim-zivile-besatzer/>

24.06.2024

**Ein Kiewer Regierungsvertreter hat den Tod russischer Zivilisten auf der Halbinsel Krim kommentiert. Weil sie nicht in der Ukraine leben wollen und bereits im März 2014 bei einem Referendum für die Angliederung der Krim an Russland stimmten, sind auch sie nebst russischem Militär "Banditen" und "Besatzer".**

*Von Wladislaw Sankin*

Nach der Explosion einer von der Ukraine abgefeuerten US-Rakete über einem Strand der russischen Schwarzmeer-Halbinsel Krim hat die Regierung in Kiew die Opfer als "zivile Besatzer" bezeichnet. "Auf der Krim gibt und kann es keine 'Strände', 'touristische Zonen' oder andere fiktive Anzeichen 'friedlichen Lebens' geben", schrieb der Berater im Präsidentenbüro, Michail Podoljak, auf Telegram. Die Krim sei ein von Russland besetztes Gebiet mit hunderten militärischen Zielen, auf dem Kampfhandlungen stattfinden. Der Kreml versuche, diese Ziele mit eigenen Zivilisten zu verdecken, die damit ihrerseits zu zivilen Besatzern würden. Podoljak wörtlich:

*"Außerdem ist die Krim ein großes Militärlager und Depot mit Hunderten von direkten militärischen Zielen, die die Russen zynisch mit eigenen Zivilisten zu tarnen und zu decken versuchen. Diese selbst sind ... zivile Besatzer."*

Am Vortag war über einem öffentlichen Strand in Sewastopol eine US-amerikanische ATACMS-Rakete explodiert. Russischen Angaben zufolge wurden dabei mindestens vier Menschen getötet und mehr als 150 verletzt. Unten den Getöteten waren zwei Kinder, darunter die neunjährige Sofia, die mit ihrem Vater, dem Vize-Bürgermeister der fernöstlichen Stadt Magadan, auf der sonnigen Halbinsel ihre Ferien verbrachte. 27 Kinder erlitten Verletzungen, was dafür spricht, dass der Strand hauptsächlich von Familien mit Kindern genutzt wurde.

Michail Podoljak ist ein wichtiger Propagandist und Regierungsbeamter, der als Mitglied der ukrainischen Delegation an den Verhandlungen mit Russland in Weißrussland und Istanbul im März und April 2022 teilnahm. Der ehemalige Journalist ist stets derjenige, der die Position der Selenskij-Regierung täglich gegenüber den Medien erläutert. Der Begriff "ziviler Besatzer" ist nicht neu und wurde von ihm auch früher im gleichen Zusammenhang verwendet. So nannte Podoljak in einem Fernsehgespräch im Mai 2023 die Krim-Bewohner "Banditen", die mit westlichen Langstreckenwaffen beschossen (und folglich vernichtet) werden dürfen:

*"Wir haben das Recht, sowohl F-16 als auch Langstreckenraketen auf dem gesamten besetzten Gebiet der Ukraine einzusetzen. Die Krim ist ausschließlich ukrainisches Territorium. Die Banditen sind dort. Es macht keinen Unterschied, wie wir sie nennen, Kämpfer, zivile Besatzer, Kollaborateure – sie sind banale kriminelle Subjekte. Und wir haben kein Recht, sie zu legalisieren."*

Es bedarf keiner besonderen gedanklichen Übung, um in dieser Äußerung des Kiewer Beamten die Begründung für die Vernichtung oder Vertreibung der Krim-Bewohner zu erkennen. "Legalisieren" heißt leben lassen, die Menschen als zivile Personen anzuerkennen, deren Leben schützenswert ist. Indem man sie mit Banditen gleichsetzt, erklärt man sie zum militärischen Ziel. Aus dieser Denkweise ist auch der Donbass-Krieg entstanden. "Sind wir Terroristen?! Warum werden wir beschossen?!", fragten die Frauen aus den beschossenen Gegenden in Donezk und Umgebung immer wieder, als Journalisten sie filmten.

Es war allerdings etwas naiv ihrerseits, Erbarmen vonseiten Kiews zu erwarten. Denn genau so funktioniert der ukrainische Nazismus. Er toleriert all diejenigen nicht, die ihm im Wege stehen. Selenskij war kein Vertreter einer Nazi-Partei, als er im Jahre 2021 sagte, dass die Menschen im Donbass, die Russland mögen, nach Russland ausreisen sollten. Seit 2014 handelte Kiew nach dem Motto: "ukrainisch oder menschenleer".

Diesen Leitsatz in Bezug auf die Krim hat der damals noch junge Anführer der nationalistischen Paramilitärs der UNA-UNSO, Dmitri Kortschinski, im ersten Jahr der ukrainischen Unabhängigkeit zum Ausdruck gebracht – ein Netzfund belegt das. Die Krim wollte sich schon damals von der Ukraine trennen, erhielt aber von Moskau keine Unterstützung. Die UNA-UNSO-Mitglieder kämpften in den 1990er Jahren gegen russische Soldaten in Abchasien sowie Tschetschenien und zeichneten sich schon damals durch jene "einfallsreichen" Tötungsmethoden aus, die sie von den Banderisten der 1940er Jahren geerbt hatten.

Von daher ist es kein Argument, wenn behauptet wird, in der Ukraine gebe es keinen Nazismus, weil keine Nazi-Partei wie die NSDAP in der Ukraine Parlamentswahlen gewonnen hat. Ukrainischer Nazismus bedarf keiner Partei, er bedarf nur einer gewaltbereiten radikalen Minderheit, die ihren Willen dem ganzen Staatswesen aufzwingt. Wofür braucht es eine große Partei, wenn die meisten Parteien ohnehin den Leitgedanken der Nazis tragen: Die Russen (oder Prorussen) sind minderwertig, sind Feinde und müssen deshalb von ukrainischem Boden verschwinden. Besser wäre aber, wenn sie auch von der Erdoberfläche verschwinden würden.

### **Schwesig: Ukraine muss diesen Krieg gewinnen**

Michail Podoljak, der Kiewer Beamte, nannte die getöteten Kinder "zivile Besatzer", die nach Kriegsrecht behandelt werden müssen, und es war in Deutschland die *Tagesschau*, die sein Zitat übersetzt und eins zu eins übernommen hat, ohne zum Gesagten Abstand zu nehmen. Heute reist die Bundesratspräsidentin und Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns, Manuela Schwesig, nach Kiew, um sich mit ukrainischen Offiziellen zu treffen. Noch vor wenigen Jahren unterstützte sie Nord Stream 2, veranstaltete in Rostock "Russlandtage", gab *RT* und *Sputnik* Interviews und galt in den Medien als "prorussisch".

Heute sagt Schwesig: "Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen." Das sagt nicht mal der Kanzler. Schwesig bekleidet das vierthöchste Amt im Staat und hat während ihres Besuches den höchsten Repräsentanten des Kiewer Regimes leidenschaftlich die Hände geschüttelt. Denjenigen, die in am "falschen Ort" befindlichen Zivilisten Banditen sehen, deren dortige Existenz nicht legitimiert werden dürfe. Wenn die Ukraine gewinnt, wird das Szenario eintreten und die Krim menschenleer sein. Das scheint der ehemaligen Brückenbauerin nach Russland Schwesig nun erstrebenswert zu sein. So charmant kann der Nazismus sein, dass er auch solche Politiker in seinen Bann zu ziehen vermag.

\* \* \*

## Russischer Militärexperte: NATO-Aufklärungsdrohnen haben über dem Schwarzen Meer nichts zu suchen

<https://dert.online/meinung/210274-russischer-militaerexperte-nato-aufklaerungsdrohnen-haben-ueber-schwarzem-meer-nichts-zu-suchen/>

25.06.2024

**Mit jedem neuen Angriff mit US- und NATO-Raketen auf südliche russische Regionen mehren sich die Stimmen derer, die eine Flugverbotszone über dem Schwarzen Meer fordern – für den ATACMS-Angriff auf Sewastopol gilt das insbesondere. Vor allem die US-Drohnen RQ-4 Global Hawk machen die russischen Militärexperten extrem nervös: Sie sollen der Ukraine helfen, die Luftabwehr zu umgehen.**

*Von Ilja Kramnik*

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass alle US-Aufklärungsdrohnen, einschließlich der RQ-4 Global Hawk, die mehrmals wöchentlich im südlichen Teil des Schwarzen Meeres auftaucht, zum Sammeln von Geheimdienstinformationen eingesetzt werden. Diese Informationen werden dann mit großer Wahrscheinlichkeit bei der Planung von Angriffen auf russisches Territorium verwendet.

Die westliche nachrichtendienstliche Infrastruktur, die die Führung des US-Militärgeheimdienstes als revolutionär bezeichnet, arbeitet seit den ersten Tagen des Krieges im Interesse der ukrainischen Streitkräfte. Armeegeneral Paul Nakasone, der zu Beginn des Krieges sowohl das Cyber Command als auch die National Security Agency (NSA) leitete, sagte damals, dass er in seinen "35 Jahren" noch nie einen besseren Austausch von genauen, zeitnahen und verwertbaren Informationen erlebt habe als im Fall der Ukraine.

Konkret bei Luftspionage mit Flugzeugen und Drohnen sollte man folgende Dinge beachten.

Erstens: Die von den USA und ihren Verbündeten an die Ukraine gelieferten Raketen sind in diesem Sinne ziemlich autark. Sie nutzen hauptsächlich die Satellitennavigation, im Falle von Marschflugkörpern manchmal mit einigen optoelektronischen Zusätzen. Dennoch darf die Rolle der Luftaufklärung nicht unterschätzt werden.

Zweitens: Global-Hawk-Drohnen sind in der Lage, über dem Schwarzen Meer die Arbeit von Radarsystemen und Kommunikationseinrichtungen mit hinreichend hoher Genauigkeit aufzuzeichnen, sodass es in Kombination mit anderen Mitteln möglich ist, die Positionen russischer Luftabwehrsysteme zu bestimmen und ihre Koordinaten zu übermitteln, auch für spätere Angriffe.

Drittens: Das Gleiche gilt für Schiffe, die von Drohnen sowohl mithilfe funktechnischer Aufklärungsmittel und eigenen Radars als auch mithilfe optoelektronischer Systeme erfasst werden können. Angesichts der Sensibilität dieser Informationen und der Geschwindigkeit ihrer Übermittlung können diese Luftfahrzeuge als "ausgelagerte" Elemente des ukrainischen Geheimdienstes bezeichnet werden, die nur aufgrund ihrer formalen NATO-Zugehörigkeit von den russischen Streitkräften nicht angegriffen werden.

Die Eliminierung der unbemannten NATO-Aufklärungsdrohnen aus dem Luftraum über dem Schwarzen Meer würde es der gegnerischen Aufklärung sehr schwer machen, Luftabwehrsysteme aufzudecken, wenn auch nicht vollständig, und würde es sehr viel schwieriger machen, die Aktionen der russischen Marine zu verfolgen.

Sollte Russland tatsächlich seine Bereitschaft erklären, diese Drohnen künftig abzuschießen, z. B.

durch die Ausrufung einer Flugverbotszone über den internationalen Gewässern des Schwarzen Meeres, würden die feindlichen Drohnen höchstwahrscheinlich dazu gezwungen, in den Luftraum der Türkei oder Rumäniens auszuweichen. Für Russland würde diese Umleitung einen großen Erfolg bedeuten – die Effektivität der Überwachung würde in diesem Fall deutlich nachlassen.

Natürlich muss die Bereitschaft zur Unterstützung einer Flugverbotszone in der Praxis unter Beweis gestellt werden, einschließlich des Abschusses aller Aufklärungsdrohnen, falls solche geschickt werden, um die Wirksamkeit dieser Zone zu testen. Aber solche Entscheidungen werden auf einer viel höheren Ebene getroffen als auf der Ebene der Experten.

*Übersetzt aus dem Russischen. Ilja Kramnik ist Forscher am Zentrum für strategische Planungsstudien im Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (MEMO).*

\* \* \*

## Macht Friedrich Merz Friedensangebote gen Osten?

<https://dert.online/meinung/210393-macht-friedrich-merz-friedensangebote-gen/>

26.06.2024

**Was hat Friedrich Merz im "ZDF"-Sommerinterview eigentlich zum Thema Ukraine gesagt? War da wirklich die Forderung nach Verhandlungen, wie das die britische Presse behauptet? Nicht ganz, aber aufschlussreich ist es dennoch, was er gesagt hat.**

*Von Dagmar Henn*

Die britische *Times* machte daraus einen ganzen Artikel mit der Überschrift "Die deutsche Opposition deutet einen Richtungswechsel zur Ukraine an, mit einem Aufruf zu Friedensgesprächen"; die deutschen Medien wichen dem Punkt lieber aus und konzentrierten sich auf Aussagen von Friedrich Merz zu Wärmepumpen und möglichen oder unmöglichen Koalitionen. In Wirklichkeit liegen seine Aussagen im ZDF-Sommerinterview irgendwo dazwischen, beziehungsweise, eigentlich versuchen sie, nirgendwo zu liegen.

Der Satz, den die *Times* anführte – und der in den russischen Telegram-Kanälen geradezu Flügel verliehen bekam – lautete:

*"Wir müssen sehen, dass wir Möglichkeiten eröffnen, wie dieser Konflikt auch irgendwann beendet werden kann."*

Tatsächlich ist das fast die greifbarste Aussage in einem Gespräch, in dem Friedrich Merz sich mit jedem nur denkbaren Trick einer Festlegung zu entziehen sucht. Was passagenweise schon komisch wirkt. Bei der Frage nach Waffenlieferungen beispielsweise zieht er sich auf die Position zurück, das sei schließlich eine Entscheidung der Regierung, nicht des Parlaments; bei der Frage, ob er denn Taurus-Raketen liefern würde, erwidert er, "also ich beantworte ungern "Was wäre wenn"-Fragen", und zu seiner Haltung gegenüber Emmanuel Macrons Überlegungen bezüglich Truppenentsendungen erklärt er:

*"Sie erwarten von mir nicht ernsthaft, dass ich hier den französischen Staatspräsidenten öffentlich in irgendeiner Weise bewerte oder gar kritisiere."*

Sprich, seine Erfahrung, mit welchen Tricks man sich wegducken kann, statt eine Frage zu beantworten, ist unübersehbar.

Er sucht offenkundig nach Raum zum Manövrieren. Die Interviewerin, Diana Zimmermann, zitiert eine Umfrage des *ZDF-Politbarometers*, nach der 71 Prozent der Befragten im Osten wollen "dass so wie bisher oder weniger Militärhilfe in die Ukraine geliefert wird", und zitiert dann den sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer mit der Aussage: "Wir müssen die Logik von Waffen und Gewalt durchbrechen." Merz weicht auch hier aus. Man könne unterschiedliche Meinungen haben.

Es seien aber 45 Prozent, die sagten, weniger Waffen an die Ukraine, wirft Zimmermann ein. Woraufhin er auf die Entscheidungsbefugnis der Bundesregierung ausweicht. Auf den nächsten Nachsatz, ob er denn mehr und schneller wolle, folgt dann vor dem von der *Times* hervorgehobenen Satz noch:

*"Nein, ich habe nur gesagt, wir hätten am Anfang mehr tun müssen. Aber wir haben jetzt heute den 23. Juli 2024. Es macht keinen Sinn, jetzt zweieinhalb Jahre zurückzuschauen, wir schauen nach vorn."*

Das ist die Stelle, an der das Ringen um Raum zum Manövrieren sichtbar wird. Man könnte das auch einen eleganten vierfachen Toeloop nennen. Weil keinerlei Festlegung bezogen auf die Gegenwart stattfindet, die Erzählung der Vergangenheit aber schon einmal so umgeändert wird, dass eine völlige Kehrtwende jederzeit möglich wäre. Im Sinne von: Damals wäre das richtig gewesen, aber heute sind die Umstände ganz andere.

Was zumindest jenen, die die Geschichte mit Boris Johnson und dem Abbruch der Verhandlungen in Istanbul Anfang April 2022 nicht kennen, plausibel erscheinen mag. Auch an sein Ausweichen zur Taurus-Frage hängt er eine ähnliche Formulierung an:

*"Welche Entscheidungen wir in der Zukunft treffen werden, hängt von den Umständen ab, die von uns heute keiner kennt."*

Die Umstände allerdings lassen sich durchaus benennen. Da sind vier Landtagswahlen in östlichen Bundesländern, in denen die Erwartungen schlecht sind, auch wenn Merz ganz zu Beginn hervorhebt: "Immerhin, die CDU gibt es im Osten noch." Da sind die US-Wahlen im November, die womöglich die Vertreter der EU in eine ähnliche Hysterie stürzen wie 2016.

Und da ist die dräuende militärische Niederlage in der Ukraine. Wobei im Umgang damit auch das Detail eine Rolle spielen dürfte, dass Merz nicht nur CDU-Chef, sondern auch Vertreter von BlackRock ist, und diese Investmentgesellschaft die halbe Ukraine gekauft hat und gerade dabei ist, sie zu verlieren; was womöglich dazu führen könnte, dass es ihr lieber ist, irgendwie noch wenigstens ein Viertel zu behalten ...

Wobei sich natürlich die Frage stellt, ob dieses Ausweichen und Antäuschen wirklich zumindest ein ernsthaftes Streben nach Spielraum darstellt. Oder ob das nicht schlicht ein Versuch ist, die Wähler im Osten zu täuschen, indem er bis nach den Wahlen ein wenig Kreide frisst. "Macht auf, ihr lieben Kinder, eure Mutter ist da und hat jedem von euch etwas mitgebracht" ...

Außenpolitik, so erklärt er später in einer längeren Tirade, müsse man immer ein Stück Ungewissheit vermitteln "an den jeweiligen Gegenüber". Vor dem letzten Wort gibt es ein kleines Zögern, an dem man erkennt – oder erkennen soll, künstlerisch betrachtet ist das Interview eine Höchstleistung –, dass ihm das Wort "Gegner" auf der Zunge lag, wenn nicht gar "Feind".

Wobei auch Friedrich Merz weiß, dass die Debatte, in der vermeintlich " schon seit zweieinhalb Jahren diese taktischen und strategischen, diese militärischen Fragen viel zu sehr in der

Öffentlichkeit" diskutiert werden, in Wirklichkeit auf einem extrem begrenzten Spielfeld stattfindet. Weil die entscheidenden Punkte, etwa wie es überhaupt zum Bürgerkrieg in der Ukraine kam, was nachvollziehbare russische Interessen sind, was damals mit Boris Johnson geschah und auf welcher Grundlage Verhandlungen über ein Kriegsende realistisch wären, vollständig tabuisiert wurden und in eben dieser Debatte überhaupt keine Rolle spielen.

Frankreich, so Merz, habe das besser gemacht. Seit einigen Tagen kursiert ein Video auf Telegram, auf dem vermeintlich französische Soldaten in der Ukraine (es gibt zahlreiche Zeugenberichte, dass Angehörige der Fremdenlegion längst zumindest in mehreren Hundert bereits an der ukrainischen Front eingesetzt sind) einem Ferkel eine Macron-Maske aufsetzen und es beschimpfen.

*"Macron, du gibst einen Sch\*\*ß auf die Franzosen."*

Das Video kann natürlich eine Inszenierung sein, aber die Berichte über die Truppen sind glaubwürdig. Und Macron hat, das wird sich vermutlich schon bei der ersten Runde der Parlamentswahlen zeigen, mit seiner Politik der einsamen Entscheidungen nicht wirklich die Zuneigung der Franzosen gewonnen (die ihn allerdings zuvor schon hassten).

Im Kern gibt es nur eine Botschaft, die sich aus den raffinierten Verrenkungen des CDU-Vorsitzenden ziehen lässt, und das ist leider nicht der Wunsch nach Verhandlungen, den die *Times* herausgelesen hat. Aber es ist ein Anzeichen von Bedrängnis, die noch nicht weiter führt als bis zu dem Wunsch, sich nicht festlegen zu wollen – die jedoch, sollte sie weiter wachsen, zu einem Kurswechsel führen könnte.

Was den geschickten Eindruck, den Friedrich Merz erweckt, letztlich konterkariert. Denn statt die Vorstellung zu verbreiten, man könne zumindest diese CDU noch wählen, vermittelt er die Botschaft, es brauche mindestens noch eine ordentliche Klatsche bei den anstehenden Landtagswahlen auch für die CDU, damit aus dem Eiertanz vielleicht eine Perspektive für eine weniger kriegstreiberische Politik entsteht, die viele Deutsche herbeisehnen.

Ganz zu schweigen davon, dass die Maßeinheit, in der diese Politik zu messen ist, tausende unnötig gefallene Ukrainer sind. Eine reale Schuld, vor der sich vielleicht Wirtschaftsminister Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock auf Dummheit und Bundeskanzler Olaf Scholz auf Feigheit herausreden können. Friedrich Merz kann das nicht.

\* \* \*

## **Wird Kiew nun Kinder in den Kampf schicken?**

<https://dert.online/meinung/210461-wird-kiew-kinder-in-kampf/>

27.06.2024

**Die seit längerem bekannte Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen durch das Kiewer Regime wird inzwischen auch im Westen akzeptiert. Die jungen Menschen könnten die Kämpfer für eine neue "Gegenoffensive" stellen, welche von den ukrainischen Machthabern dringend benötigt werden.**

*Von Tatjana Pop*

Wenn Moskaus Bewohner laut dem russischen Literaturklassiker Michail Bulgakow von der "Wohnungsfrage" verdorben wurden, so wird die ukrainische Propaganda von der "Kinderfrage" verdorben. Oder sie wird vielmehr – genauer gesagt – in ihrer ganzen Menschenverachtung entlarvt. Kiews Regime begann vor langer Zeit, dieses Thema auszuschlachten, denn es ist sehr

leicht, damit sowohl Empathie zu erwecken als auch somit zugleich die Finanzierung aufrechtzuerhalten.

Natürlich haben die Machthaber in Kiew mit niemandem Mitgefühl. So behauptete der Berater des ukrainischen Präsidialamts Michail Podoljak, dass die Zivilisten, die am Strand von Sewastopol angegriffen wurden, darunter zwei getötete Kinder, "zivile Besatzer" seien. Nach dieser Logik dürfe Kiew töten, und zwar auch Kinder.

Und die sogenannte internationale Gemeinschaft steht zu einem nicht vernachlässigbaren Teil auf der Seite Kiews, wovon sowohl der Haftbefehl gegen Russlands Präsidenten und die russische Kinderbeauftragte als auch die am 24. Juni selbst gegen das Kindererholungslager Artek verhängten Sanktionen zeugen. Besagtes Lager bedrohe angeblich "die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine". Russland handele also falsch: Man bringt Minderjährige aus dem Kampfgebiet heraus, lässt Waisenkinder adoptieren, und zwingt die Kinder dann auch noch, sich in Sommerlagern zu erholen – was für ein Schrecken!

Ganz anders die ach so "demokratische" Ukraine. Am 22. Juni 2024 (und ich bin mir sicher, dass der Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion nicht zufällig gewählt wurde) veröffentlichte die *Deutsche Welle* eine Sendung über die Militärausbildung von ukrainischen Schülern. Ort der Handlung des Berichts ist die Stadt Schepetowka, doch die Autoren versichern, dass es in der Ukraine "Hunderte solcher Jugendgruppen" gebe. Und dabei lügen sie diesmal wahrscheinlich nicht.

Es ist allgemein bekannt, dass die militanten Nationalisten aus dem Asow-Regiment seit 2014 sehr eifrig Kindern und Jugendlichen militärische "Fertigkeiten", eigentlich aber ihre eigene Ideologie zu vermitteln versuchten. Insbesondere befanden sich ihre Lager an der Küste des Asowschen Meeres, die heute wieder ein Teil Russlands wurde. Ich schließe nicht aus, dass Kinder, deren Fotos mit zum Hitlergruß ausgestreckten Händen wir im Netz mit Schrecken in den Jahren 2014/2015 sehen mussten, im Jahr 2022 aus Überzeugung dem ukrainischen Militär beitraten unter den Ersten waren, die von Kiew in den Fleischwolf gejagt wurden. Nun sehen wir, wie diese "Jugendpolitik" unter verhaltenem Beifall der westlichen Öffentlichkeit auf das ganze Land ausgeweitet wird.

Doch wenn die Militarisierung der Schüler eher eine moralische Frage als eine Frage der Mobilmachung ist, so sind die Perspektiven der ukrainischen Studenten weitaus schlechter. Am 24. Juni wurde bekannt, dass durch Hochschulen des Gebiets Wolhynien Listen von exmatrikulierten Studenten direkt an die Musterungsbehörden übergeben werden. Dies hatten die lokalen Verwaltungen, Militärbehörden und Hochschulen vereinbart. "Die Rektoren versicherten, dass es eine klare Übereinkunft mit den regionalen Musterungs- und Polizeibehörden gebe, dass ihnen sie Listen von exmatrikulierten Personen vorgelegt werden, die die Bedingungen für eine Immatrikulation nicht erfüllten", meldet die Gebietsverwaltung.

Ein wichtiges Detail dabei ist, dass die allermeisten Studenten jünger als 25 Jahre sind. Nach geltender Gesetzgebung unterliegen diese ganz jungen Menschen jedoch noch keiner Mobilmachung.

Daher ist ein solches Interesse vonseiten der Verwaltung und der Musterungsbehörden für ihr Studium kein Zufall. Und Wladimir Putin hatte wohl recht, als er jüngst voraussagte, dass Selenskijs Aufgabe darin bestehe, das Einberufungsalter in der Ukraine radikal zu senken, um eine weitere, inzwischen die letzte Generation der wehrfähigen Ukrainer in einen selbstmörderischen Kampf gegen Russlands Armee zu schicken.

Freilich sollte das nach Schätzungen des russischen Präsidenten zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Doch das Regime in Kiew könnte eine ganz andere Mathematik benutzen. Nach dessen verkehrter Logik werde eine "Gegenoffensive" vor den US-Präsidentenwahlen benötigt, und nicht erst danach. Gerüchte, dass Kiews Militär als Gegenleistung für die in diesem Jahr erhaltene Hilfe bis zum Herbst zumindest irgendeinen Erfolg vorweisen müsse, kursieren bereits in ukrainischen Telegram-Kanälen. Möglicherweise werden gerade die exmatrikulierten Studenten aus Wolhynien gemeinsam mit besonders patriotischen Oberstufenschülern in die Gegenoffensive geschickt.

Wahrscheinlich erinnern sich nicht alle daran, dass einer der Gründungsmythen der ukrainischen Unabhängigkeit der Mythos über die Helden der Schlacht von Kruty ist – Studenten und Gymnasiasten, die im Januar 1918 von der Ukrainischen Volksrepublik gegen die vorrückende Rote Armee geschickt wurden, um sie aufzuhalten, allerdings vom eigenen Kommando schlicht im Stich gelassen wurden. Nun, die Ukraine ist ein Territorium, wo sich Geschichte zu wiederholen scheint.

*Verfasst für RT und übersetzt aus dem Russischen, zuerst erschienen am 24. Juni 2024.*

***Tatjana Pop**, geboren 1983 im westukrainischen Gebiet Transkarpatien, ist eine ukrainische Journalistin und gesellschaftliche Aktivistin. Sie leitet die internationale öffentliche Bewegung "Wnuki" (Die Enkelkinder). Man kann ihr auf ihrem Telegram-Kanal folgen.*

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Juni 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.